

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk. bei Platzvorkauf 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Schließt die Reihen, rüstet zum Kampf!

Parteilgenossen und Parteilgenossinnen!

Die katastrophale Geldentwertung hat eine neue Teuerung hervorgerufen und die Kosten der Lebenshaltung auf eine bisher nie gekannte Höhe getrieben.

Die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel sind durchschnittlich auf das

**dreißig- bis fünfundsiebzigfache**

der Friedenspreise gestiegen.

Die Entbehrungen der Minderbemittelten sind durch den Mangel an Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und Schmalz, mit Kleidung und Schuhwerk und vielen anderen unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen zu unerträglicher Not angewachsen.

Infolge der Unterernährung nehmen Krankheit und Sterblichkeit fortwährend zu, und wieder finden sich — wie zur Zeit des Krieges — Vertreter der Wissenschaft, die einen „glänzenden“ Gesundheitszustand der Bevölkerung feststellen wollen.

In Wirklichkeit ist der Gesundheitszustand erbärmlich, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Diese Auswucherung der Volksmassen durch die eigenen Volksgenossen wirkt

**schlimmer als die Entente-Blockade**

während des Krieges.

Die Geheulrufe der Not treffen alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Kleingewerbetreibende; sie werden jedoch am schmerzlichsten empfunden von den Arbeitslosen, den Invaliden der Arbeit und des Krieges und von den Kriegshinterbliebenen.

Während aber die Minderbemittelten immer tiefer im Elend versinken,

**häufen die Besthenden**

**Reichtümer auf Reichtümer.**

Sie fügen zu den gewaltigen Kriegs- und Revolutionsgewinnen fabelhafte

**Valuta- und Wuchergewinne.**

Sie treiben durch Steuerabotage und Uberteuering der Staatsleistungen Reich, Staat und Gemeinden immer weiter dem Bankrott zu. Doch nicht genug damit, strecken sie nunmehr gierig ihre Hände auch noch aus nach dem Eigentum des Reiches:

**den Eisenbahnen!**

Und die Regierung sieht diesen Dingen tatenlos zu.

**Ja, noch mehr!**

Sie läßt sich ein in Unterhandlungen mit den politischen

**Erpressern und bereitet**

**neue Steuern**

**vor, durch die vor allem**

**die Minderbemittelten**

**Berlin, den 19. November 1921.**

wiederum schwer belastet werden sollen. Gegen diese Absicht verstärker

**Auswucherung und Knechtung**  
muß sich die Arbeiterschaft in  
**gemeinsamem Kampf**

**wehren.**

Nächstes Ziel dieses Kampfes ist die Durchführung unserer dringlichsten Mindestforderungen:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Bestehenden insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Sachwerte.
2. Sofortige Einziehung der beschlossenen Besitz- und Einkommensteuern.
3. Sozialisierung des Bergbaues.
4. Fortführung der Sozialpolitik.

Mehr und mehr sind diese unsere Forderungen

**Allgemeinut der ganzen Arbeiterschaft** geworden. So haben neuerdings Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und IFA im wesentlichen die gleichen Forderungen gestellt.

In den von unserer Partei einberufenen Volksversammlungen fanden diese Forderungen allgemeine Zustimmung. Der Kampf um ihre Durchführung darf nicht zum Stillstand kommen. Er muß mit gesammelter Kraft weitergeführt werden.

**Parteilgenossen! Ruft überall Volksversammlungen ein!**

**Propagiert unsere Forderungen!**

Wir haben uns bereits mit den anderen Arbeiterparteien, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der IFA zur Einleitung gemeinsamer weiterer Aktionen in Verbindung gesetzt und um innerhalb und außerhalb des Parlaments den Kampf um die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats erfolgreich zu führen.

**Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!**

**Rasch muß gehandelt werden!**

Die Zeit drängt. Je länger ihr wartet, desto mehr steigt die Not. Die Entscheidung fällt noch vor Weihnachten. Haltet euch bereit! Unterstützt uns in unserem Bemühen, der Einheitsfront des Proletariats entgegenzutreten

**die Einheitsfront des Proletariats!**

**Hart und schwer werden die Kämpfe werden, zu denen wir euch aufrufen!**

**Bedeutungsvoll aber auch der Preis des Sieges!**

**Unter dem roten Banner des Sozialismus gilt es zu kämpfen**

**gegen Hunger und Knechtschaft, für Brot und Freiheit!**

**Für den Allererlöser Sozialismus!**

### Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

anstehen wird und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.“

#### Uneinigkeit in der Reparationskommission.

Paris, 20. November. Jules Sauerwein berichtet dem Matin aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Haltung gegen Deutschland nicht erzielt worden. Der Vertreter Frankreichs, Douloubeau, habe die vier andern Mitglieder der Reparationskommission gegen sich gehabt. — Der belgische Delegierte Delacroix habe den Standpunkt vertreten, daß auf die gestrige Erklärung der deutschen Regierung für den Augenblick keine Antwort zu erteilen sei. Es handle sich um eine Zahlung, die in acht Wochen, aber nicht in acht Tagen zu erfolgen habe. Wenn man jetzt Deutschland eine erste Note übersehe, dann laufe man Gefahr, denen einen guten Vorwand zu liefern, die die Alliierten anklagen, sie führten die vorgesehene Anleihe zu einem Mißerfolge. Douloubeau habe gemeint: Deutschland verführe durch den Vorwand einer außerordentlichen Anleihe sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, infolgedessen habe er vorgeschlagen, ihm eine sehr ernste Warnung zukommen zu lassen. Es sei nicht dementsprechend entschieden worden.

Die Reparationskommission ist gestern vor Berlin abgereist.

#### Vorschriften der Alliierten über Deutschlands Finanzpolitik?

London, 21. November. (M.) Der Korrespondent der Times kündigt an, daß die Alliierten auf Grund der Prüfung der Baue Deutschlands gewisse Vorschläge bezüglich der Finanzpolitik und der Besteuerung vorlegen werden, wodurch die Ankündigung Bredemers bekräftigt wird, daß die Reparationskommission derartige Maßnahmen vorzieht.

## Der Kampf mit der Klassenjustiz.

Als das zweite Ministerium Wirth gebildet wurde, war eine der interessantesten Persönlichkeiten, die Aufnahme fand, der rechtssozialistische Abgeordnete Dr. Rabbuch, der zum Justizminister avancierte. Dr. Rabbuch hatte in weiten Kreisen nicht nur seines Fräses Aufsehen erregt, indem er die Klassenjustiz (Schmach des neuen Deutschland mit aller Offenheit brandmarkte. Er hat die wilhelminische Justiz, die sich in die Republik vererbte, bloßgestellt, so daß man hoffen durfte, daß Rabbuch als Justizminister einen Wendepunkt in der Praxis der deutschen Rechtsprechung bedeuten werde. Freilich ist kein sozialistischer Justizminister imstande, die deutschnationalen Richterkollegen plötzlich mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Es ist das schwierigste Problem der Republik, die Reinigung der Justiz zu vollziehen, die monarchistisch gesinnten Richter auszumerzen und durch sozialdenkende zu ersetzen. Dazu kommt, daß die Einzelstaaten auf ihre Justizhoheit pochen, was insbesondere bei Bayern der Fall ist. Immerhin aber hätte man annehmen dürfen, daß der neue Reichsjustizminister mit größerer Energie bestrebt sein würde, neue Bahnen einzuschlagen.

Wir haben seinerzeit mit aller Schärfe die Aktionen des Osterpulsches verurteilt und wehren uns noch heute mit aller Entschiedenheit gegen eine Neuaufgabe dieser linkssozialistischen Verleumdungen, ganz gleich, von welcher Partei oder Richtung sie in den Hintergrund werden möchten. Gleichgültig aber haben wir festgehalten, daß viele der Verurteilten nur das Opfer führender Putschisten geworden sind, von denen sie sich mitreißen ließen, ohne sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt zu sein. Ein Putsch und revolutionäre Aktionen sind voneinander grundlegend verschieden. Revolutionäre Vorgänge kommen aus den Tiefen der Massen heraus, während Putsche von einzelnen mehr oder weniger verantwortlich gesinnten Persönlichkeiten bewußt inszeniert und erzeugt werden. Je nach dem Einfluß, den sie ausüben vermögen, werden sie mehr oder weniger große Massen mit sich fortziehen, die vollkommen kritiklos den ausgegebenen Parolen folgen. Darum sind die Opfer derartiger Putsche vom juristischen Standpunkte aus anders zu beurteilen, als die Führer des Kappischen Staatsstreiches, die bewußt eine Aktion inszenierten und infolge ihrer intellektuellen Stellung vollkommen über die juristische Tragweite ihrer Handlungsweise unterrichtet waren. Was aber haben wir gesehen? Die Oberkappisten laufen nach einseitig Jahren noch immer unbestraft umher, während die Opfer des Osterpulsches, die für ihre Handlungen juristisch in nur beschränkter Maße verantwortlich sind, in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten. Wie sie dort behandelt werden, darüber geben die Darstellungen über die bairischen Festungsgefängnisse, die auch Dr. Rabbuch in Görlich als „ein Mittelglied zwischen Gefängnis und Zuchthaus“ bezeichnete, einen geradezu grauenhaften Aufschluß und auch der Hungerstreik im Gefängnis zu Lichtenburg zeigt mit aller Deutlichkeit, daß an dem Wesen des Strafvollzuges bisher auch kein Zola geändert worden ist.

Die Reichstagsfraktion der USPD. hatte aus diesen Gründen im Reichstage die Amnestierung der politischen Gefangenen gefordert, so daß der neue Reichsjustizminister gleich zu Beginn seiner Ministerlaufbahn Gelegenheit hatte, sich über seine Auffassungen in Fragen der Klassenjustiz zu äußern. Wir haben seinerzeit berichtet, daß der rechtssozialistische Justizminister die Gewährung einer Amnestie ablehnt und die politischen Gefangenen auf den Gnadenweg verwies. Er lehnte die Amnestie ab, da bei Gewährung einer Amnestie notwendigerweise „Licht und Schatten“ nach rechts und links verbreitet werden müßten und da die Justizhoheit Bayerns nicht angetastet werden dürfe. Wie nach rechts hin noch mehr „Licht“ verbreitet werden kann, ist schlechterdings unverständlich, um so mehr, da diese Worte aus dem Munde eines sonst scharfen Kritikers der deutschen Klassenjustiz kamen. Nach rechts hin weiterhin „Licht“ zu verbreiten ist bei den derzeitigen Justizverhältnissen in Deutschland unmöglich, da eben Rechtsputschisten bisher überhaupt nicht zur Beurteilung gelangten. Sofern man aber glaubte, dem Ansehen der Justiz schuldig zu sein, einzelne der schweren Verbrecher vor die Schranken der Gerichte zu ziehen, war man eifrig bemüht, die Urteilsprüche so zu gestalten, daß sie keinem der Verurteilten irgendwie wehe taten. Es ist darum vollständig unmöglich, nach rechts hin in Amnestiefällen dieselben Gesichtspunkte wahren zu lassen, wie sie gegenüber den Justizopfern von links unbedingt erforderlich sind. Der oberste Beamte der deutschen Justiz hat die Verpflichtung, in seinem Teil das gutzumachen, was die vorkapppische Rechtsprechung den beschlagnahmten Klassen für Wunden schlug.

Dr. Rabbuch beschäftigt sich freilich mit einem Reformprogramm für die deutsche Justiz. Er hat dem Vorwärtsredakteur Kuttner eine Unterredung gewährt, die in der rechtssozialistischen Zeitschrift, Die Glocke, veröffentlicht wurde und der wir sinngemäß folgendes entnehmen,

### Kreditoperation zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Berlin, 19. November. (M.) Im Anschluß an die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Garantiekomitee Ende September und Anfang Oktober war die Reparationskommission nach Berlin gekommen, um die Frage zu prüfen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen nach dem Ultimatum von London bewirkt werden könnten. In den Besprechungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat sie die Forderung aufgestellt, daß diese Zahlungen nötigenfalls durch Zuanpruchnahme ausländischer Kredite bewirkt werden müßten. Der Reichskanzler hat heute der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben: „Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reichs

Dr. Rabbrück bemerkt zunächst nicht daran, die Justiz, die Strafrechtspflege im allgemeinen zu reformieren, da eine Gesamtreform des Rechtswesens naturgemäß Jahre in Anspruch nehmen müßte. Die Forderung des Tages sei daher die „Novellengesetzgebung“. Im einzelnen verfolgt Dr. Rabbrück in seinen Reformbestrebungen folgende Gesichtspunkte:

Die Reform soll bei dem Richter beginnen. Bei den Berufsrichtern sei im Augenblick nicht viel zu bessern. Auf die Dauer würde man eine bessere Ausbildung der angehenden Juristen erstreben müssen, indem man sie besser mit dem praktischen Leben bekanntmacht. Auch würde man einzelne hervorragende befähigte und praktisch erfahrene Elemente zu den Examen zulassen müssen, welche den Zugang zum Berufsrichteramt eröffnen; diese Praktiker können dann in die Justiz neue Gesichtspunkte und neue Lebensauffassungen hineintragen. Aber zweifellos würden zum Beispiel Arbeitersekretäre, welche die juristischen Prüfungen ablegen, immer eine seltene Ausnahmeerscheinung bleiben; und die zumständig herangebildeten Juristen würden immer aus dem Gedankenkreis der bestehenden Klasse kommen.

Wolle man also das Richterpersonal ernsthaft verbessern, so gäbe es nur einen Weg, die erweiternde Heranziehung von Laien zur Strafrechtspflege. Nun seien bisher die Schöffen und Geschworenen arg partiell ausgewählt worden. Das soll beseitigt werden. Die Ausschüsse, welche die Schöffen auswählten, sollen besolde werden und zusammengesetzt sein gemäß der Verhältniswahl nach der Zusammensetzung der Bevölkerung selber. Das Recht des Landesgerichtspräsidenten aus dieser Schöffenliste, sich die ihm passenden Geschworenen herauszusuchen, soll in Fortfall kommen. Die Frauen sollen zum Schöffen- und Geschworenentum ebenso wie zum Berufsrichteramt gleich den Männern zugelassen werden. Auch in den Strafkammern sollen in Zukunft Laienrichter mitwirken, und diese vom Volke wenn auch indirekt gewählten Laienrichter sollen sowohl in der ersten Instanz wie im Berufungsverfahren mitwirken.

Neben dieser Verbesserung des Richterpersonals trägt sich Dr. Rabbrück mit einer Anzahl von Plänen zur Reform des materiellen Rechts. Insbesondere soll das Strafrechtbuch so rasch wie möglich den neuen Verfassungsvorstellungen angepaßt werden. Dazu gehören eine Strafbestimmung gegen öffentliche Beschimpfung oder verleumdende Äußerungen und Kundgebungen, durch welche die Republik, die Reichs- oder Landesfarben, das „Staatsoberhaupt“, die Regierung oder Mitglieder der Regierung des Reiches oder eines Landes der Verachtung preisgegeben werden sollen. Unter den Strafen, die vorgesehene sind, befindet sich auch der Amtsverlust.

Eine ähnlich dringende Reform auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts sei die Erleichterung der Ehescheidung bei innerlich zerrütteten Ehen und die rechtliche Besserstellung der unehelichen Mütter. Dazu komme die Annahme der Justiz an die veränderten Geldverhältnisse; die Geldstrafen müßten neu umgrenzt, die Pfändungsgrenzen für Löhne und Gehälter wesentlich heraufgesetzt werden.

Die Reformvorschlüsse Dr. Rabbrücks werden in der Rechtspresse mit häßlichen Bemerkungen aufgenommen. Man höhnt insbesondere darüber, daß er Möglichkeiten schaffen will, Verleumdungen gegenüber amtierenden Ministern gerichtlich zu verfolgen, die Reichsfarben gegen die Beschmutzung, antisemitischer und deutschnationaler Äußerungen zu schützen. Inwiefern er wirklich imstande sein wird, seine Reformpläne zu verwirklichen, wird abhängen von den Steuerfragen, die im Reichstage zunächst zur Entscheidung gelangen und die zeigen müssen, welche Tragfähigkeit das zweite Ministerium Wirth überhaupt hat.

## Die deutsche Justizschmach.

Berlin, 19. November.

Zu aufregenden Szenen und scharfen Zusammenstößen ist es heute im Reichstage gekommen. Die Rechte des Hauses, einschließlich der sozialdemokratischen Fraktion, wollte nicht zugeben, daß der Antrag unserer Fraktion auf sofortige Haftentlassung der politischen Gefangenen mit der kleinen Justizreformvorlage verbunden werden soll. Der Antrag verlangt nicht nur die sofortige Haftentlassung der politischen Gefangenen und der im Richterburger Zuchthaus in den Hungerstreik eingetretenen politischen Gefangenen, sondern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Verhältnisse in den Strafanstalten und Gefängnissen zu prüfen hat. Die kleine Justizreform will die vielen Freiheitsstrafen einschränken und sieht dafür Geldstrafen vor. Erst nach langen scharfen Reden unserer Fraktionsvertreter und der Kommunisten gegen die Rechte und Rechtssozialisten kam der Beschluß zustande, daß der Antrag mit der Beratung der „Justizreform“ verbunden wurde. Bei den aufregenden Szenen spielte auch die Tribüne mit, die von Adolf Hoffmann besonders noch dazu ermuntert wurde.

In einer ausgezeichneten Rede begründete Genosse Rosenfeld nun unseren Antrag und leuchtete besonders scharf in die bayerischen Folterkammern hinein, wobei er auch den Strafvolzug in anderen Landbestellen des Reiches gebührend berückichtigte und die Bösartigkeit der Staatsanwälte aufzählte, die beim Strafvolzug so trach zulage trit. Was nun der neue Justizminister Dr. Rabbrück zu dem Antrag ausführte und gegen ihn einwendete, zeigt, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, nämlich den deutschen Justizstaat auszumitteln und den Strafvolzug zu ändern. Dazu bedarf es größerer und größerer Befehle als Rabbrück benutzte. Schon daß er den Hungerstreik im Richterburger Zuchthaus eine Demonstration nannte, vor der er nicht zurückweichen werde, und daß er keine Amnestie, sondern nur Gnade den Mitläufern gewähren will, zeigt, daß er sich in den Gedankenängen des alten Systems bewegt. Erklärlich wird seine Stellung aber erst, wenn man erwägt, daß er den bürgerlichen Koalitionsparteien Rechnung zu tragen hat. Wenn auch die Stinnesleute noch nicht offiziell in der Reichsregierung sitzen, so beherrschen sie die Reichspolitik doch bereits in hohem Maße. Dies zeigt das wahnwitzige Gebrauh der Rechtsparteien, als Rabbrück nur auf die ungeführten Morde an Linkspolitikern hinwies. Herr Rabbrück gab selbst zu, daß das Gnadengesuchverfahren unzulänglich und schlecht sei, aber er konnte sich nicht zu einer Zusage bequemen, daß er eine Amnestievorlage einbringen werde. Er will, und darauf kommt es an, eben nur die Mitläufer vom Frühjahrsputsch her freilassen, nicht aber auch die „Häufelsführer“. Wertwüßigerweise berief er sich für seine Stellung auf die Haltung der russischen Sowjetregierung, die auch nur die Mitläufer, nicht aber die Feinde der Sowjetmacht freilasse. Auch gegen Bayern hat er nicht den Mut vorzugehen. Die politischen Gefangenen dort sollen also in den Gefängnissen und Zuchthäusern weiter schmachten und den Foltertechniken ausgeliefert bleiben, wobei doch zweifellos feststeht, daß sie Opfer der reaktionären Gerichte sind, die ihrerseits wiederum nur Werkzeuge der großen politischen Verbrecher waren.

Unsere Genosse Crispian hat mit ein paar Sätzen die ganze Situation beleuchtet, indem er zeigte, daß sich die ablehnende Stellung der Rechtssozialisten und ihre Verteidigung lediglich aus dem Umstand erkläre, daß sie die Gefangenen der Stinnespartei sind. Wenn der rechtssozialistische Abgeordnete Müller unserer Fraktion das Recht absprechen wollte, über Koalitionspolitik zu reden, weil wir nicht in die Regierung eingetreten sind, so zeigt er damit nur die Hilflosigkeit seiner Partei, auf unsere Feststellung sachlich etwas erwidern zu können. Recht schlecht kam bei der Debatte der Entwurf der sogenannten Justizreform weg, weil über ihn herzlich wenig debattiert wurde. Viel über ihn ist ja auch nicht zu sagen, denn am Wesen der Klassenjustiz ändert er kaum einen Deut. Bei der Abstimmung wurde der Entwurf dem Rechtsausschuss überwiesen, der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde mit den Stimmen der Rechtssozialisten angenommen, dagegen wurde der Teil des Antrages, der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen forderte, gegen die Stimmen unserer Fraktion und die der Kommunisten abgelehnt.

Zum Schluß gab es noch eine kleine Aussprache wegen des Verbotes, russische Schiffe im Stettiner Hafen landen zu lassen. Von unserer Fraktion sprach Genosse Horn, der die Regierung nachdrücklich darauf hinwies, daß sie mit ihren politischen Schikanen endlich aufhören solle, wenn sie geregelte Handelsverbindungen mit Rußland wolle.

## Das Glend der deutschen Außenpolitik.

Die deutsche Republik feierte unlängst ihren dritten Jahrestag. Fast ohne Unterbrechung sahen Rechtssozialisten im Reichstabinett. Teilweise hatten sie selbst das Ministerium des Auswärtigen inne. Trotzdem wandelt die deutsche Außenpolitik noch völlig in den Bahnen des wilhelminischen Deutschland. Ziellos und planlos schaukelt der Kurs, wenn man von einem solchen überhaupt zu sprechen vermag, hin und her. Er entbehrt einer jeden Richtlinie.

Ist das verwunderlich? Gewiß überwiegen die Probleme der inneren Politik an Wichtigkeit derzeit alle andern. Die Innenpolitik ist rettungslos verfahren. Immerhin wurden schäblichste Versuche gemacht, die Gester völliger Zerrüttung zu bannen. In der Außenpolitik aber geht noch alles nach dem wilhelminischen Schablonen. Aber kann das anders sein? Die Trümmer der imperialistischen Diplomatie versperren noch immer rettungslos jeden Weg der Besserung. Die Träger der kaiserlichen Katastrophopolitik sind naturgemäß außerstande, einen den veränderten Verhältnissen angepaßten steileren Kurs einzuhalten. Notwendiger als in allen andern Kreisen der Beamten des Reichs wäre es, daß im Auswärtigen Amt und in den Auslandsvertretungen der große Befehl der neuen Zeit einen gründlichen Rehraus hielte.

Auf diese gebieterische Notwendigkeit weist ein gründlicher Kenner dieser Verhältnisse, Runo Tiemann in Nr. 48 der Weltbühne hin. Indem er schreibt:

„In jener Behörde, die das Deutschland dem Ausland gegenüber vertritt — im Auswärtigen Amt — ist eine geschlossene Phalanx ziviler Prätorianer, eine exklusive Garde beinahe unverändert an der Macht. Wohl hat man heute ab und zu, um der republikanischen Form in der Heimat Rechnung zu tragen, an die Spitze der Mission einen bürgerlichen Funktionär gestellt — der übrige Apparat ist völlig intakt geblieben.“

In Kopenhagen amtiert heute als Gesandter der frühere erste Kammerherr des württembergischen Königs, Freiherr von Neurath; ihn unterstücken der Gesandtschaftsrat Graf v. Bassewitz und der Legationssekretär v. Madensen, Sohn des bekannten Heerführers.

In Stockholm vertritt die deutschen Interessen Herr Rabding, früherer Rabinetschef des Reichspräsidenten Ebert; ihm zur Seite steht ein Prinz Wied, von dem man sagt, daß er die bürgerlichen Auslandsdeutschen völlig ignoriere. Andre Mitglieder dieser Gesandtschaft: der Legationsrat v. Landmann und der Legationssekretär v. Wühlisch.

In Haag residiert seit kurzem als deutscher Gesandter der Freiherr v. Lucius, dem der stolze unnahbare, „unablig“ Legationsrat Baron Bietinghoff, genannt Scheel, und der Legationssekretär v. Reulow beistehen.

In Christiania vertritt als Spitze der Gesandtschaft die deutschen Interessen Dr. Rhombert, dem ein Prinz Erbach zugeteilt ist, um das bürgerliche Milieu des Chefs wieder auszugleichen.

Nach Warschau ist erst kürzlich als Gesandter der bayerische Diplomat Freiherr v. Schoen geschickt worden, bis zu dessen Amtsunterbrechung durch den Legationssekretär v. Dirksen geführt wurden.

In Rom amtiert zwei deutsche Botschafter: am Vatikan Dr. v. Bergen, am Quirinal der Senator v. Berenberg-Gölpfer, dessen Gehilfen der Botschaftsrat v. Brittmühl, der Legationsrat Freiherr v. Lieven, Sohn des ehemaligen Botschafters in Paris, und der Legationssekretär Freiherr v. Tucher sind.

In Madrid finden wir als Botschafter den früheren Unterstaatssekretär, Freiherrn Langwerth v. Simmern.

In Wien ist Gesandter der Dr. v. Rosenburg, der durch den üblichen Vertrag von Brest-Litowsk bekannt geworden ist. Sein erster Gehilfe ist der Gesandtschaftsrat v. Scharffenberg.

In Budapest ist heute immer als Gesandter der frühere Generalkonsul Graf Fürstberg, dem die Legationssekretäre v. Tiebemann, Braun, v. Stumm und andre Bekannte zugeteilt sind.

In Belgrad wirkt der Gesandte v. Keller.

In Sofia ist der eigentliche Leiter der gesandtschaftlichen Geschäfte der Gesandtschaftsrat v. Kardorff, da der Gesandte Mertens, ein alter Generalkonsul, meist leidend ist.

In Bukarest führt interimistisch die Geschäfte ein Herr Freitag, dessen Stab aus den obigen Diplomaten, Graf Dönhoff und Freiherr v. Grundherr besteht.

In Athen amtiert als Geschäftsträger, gleichfalls interimistisch, ein Graf Spee; der rechtmäßige Gesandte war bereits in der Person des Vortragenden Rates Freiherrn Ago v. Maltau designiert worden, doch hat man von dieser Berufung wieder Abstand genommen.

In Mexiko herrscht der U-Boot-Phantast Graf Montgelas. Nach Washington soll Graf Oberndorf ziehen, dessen erster Gehilfe der Botschaftsrat, Freiherr v. Thormann, schon ernannt ist.

Und die Zentrale in Berlin? Neben dem parlamentarischen Reichsminister, der oft wechselt, regieren hier zur Zeit die beiden Staatssekretäre v. Haniel und v. Simon. Jener verwaltet die Politik, dieser die Wirtschaftspolitik.

Ihnen unterstehen drei Abteilungen, die von den drei Ministerialdirektoren geleitet werden: Die Ost-Abteilung von dem Freiherrn Ago v. Maltau, die Englische Abteilung von Herrn v. Schubert und die Europäische Abteilung von Herrn v. Mullius, der bis vor kurzem in Paris tätig war und sich im übrigen als Rappist von reinstem Wasser betätigt hat.

Die Träger des alten blaublauen Systems der kaiserlichen Herrschaft. Sollen sie auch die Republik zugrunde richten?

Wenn du hier eintrittst, dann laß alle Hoffnung fahren. Dieser Anspruch der Dantischen Hölle sollte mit ehernen Buchstaben über den Toren des Auswärtigen Amtes eingegraben sein. Den Eintretenden zur heiligen Warnung.

## Ein polnisches Sozialistengesetz.

Nach einer Kojta-Rede aus Warschau hat der Innenminister Dowiarowicz der Justizkommission des polnischen Landtages ein „Gesetz zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Umtriebe“ vorgelegt. Der Artikel 1 lautet: „Um den Umtrieben im Innern und den ausgeübten Umtrieben, die für den Staat, für seine Konstitution und für die öffentliche Sicherheit eine große Gefahr bilden, um im allgemeinen der Ausbreitung des Kommunismus, der Anarchie und anderer staatsfeindlicher Umtriebe vorzubeugen, macht das Ministerium des Innern von der Ermächtigung, die ihm im Rahmen des Artikels 124 der Konstitution erteilt wird, Gebrauch zur Anwendung von Verfügungen, die im Artikel 2 des Gesetzes besonders angeführt sind.“ Laut Artikel 2 können diese Verfügungen umfassen:

a) Eine zeitweilige, nicht länger als drei Monate dauernde Internierung von Personen, die eine Tätigkeit, auf die im Artikel 1 hingewiesen ist, beginnen, vorbereiten oder unterstücken.  
b) Die Abhängigkeit solcher Personen aus bestimmten Orten oder Kreisen mit dem Verbot der Rückkehr. Ausländer werden aus Polen ausgewiesen.

c) Die Bestimmung eines Ortes oder Kreises zum Aufenthalt für diese Personen mit dem Verbot, diese zu verlassen.

d) Die Durchführung von Revisionen und Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen.

e) Die Einstellung der Tätigkeit von Gesellschaften und Verbänden im Einverständnis mit den interessierten Ministern.

f) Konfiskation und Einstellung von Druckwerken und Zeitschriften, die eine Tendenz, wie sie Artikel 1 charakterisiert verfolgen, zugleich die Schließung der entsprechenden Druckereien.

Nach Artikel 4 werden Personen, die von den Verfügungen des Artikels 2 a, b, c betroffen werden, des Rechtes, öffentliche Funktionen auszuüben, mögen sie nun auf Grund einer Wahl oder infolge Ernennung erworben sein, ebenso des Rechtes, industrielle und Handelsbefugnisse auszuüben, für verlustig erklärt.

Laut Artikel 6 ist jeder Staatsfunktionär oder ein Funktionär der Selbstverwaltungsgewalt, der von der Verfügung des Artikels 2 a, b, c betroffen wird, von seinem Amte zu suspendieren und gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Nach Artikel 7 unterliegen Personen, die sich der Nichtbefolgung der auf Grund dieses Gesetzes getroffenen Entscheidungen der Verwaltungsbürokratie schuldig machen, einer Arreststrafe bis zu drei Monaten oder einer Geldstrafe bis 300 000 Mk., oder beiden Strafen.

Das Ausnahmegesetz soll sich angeblich nur gegen die Umtriebe der Kommunisten richten; es trifft aber die gesamte Arbeiterbewegung. Seine verschiedenen Artikel sind so lauschaftig, daß man mit ihnen jede politische Tätigkeit der Arbeiterklasse treffen kann. Es hängt ganz von der Willkür der Verwaltungs- und Polizeibehörden ab, wie weit sie noch eine politische Betätigung der Opposition zulassen wollen. Selbst die Immunität der Abgeordneten kann nach dem Artikel 4 durch jede Polizei- oder Verwaltungsbehörde aufgehoben werden. Wegen seines bösartigen Charakters wird der Entwurf auch von der sozialistischen Presse mit Recht in der schärfsten Weise kritisiert und bekämpft.

Bei den Verhandlungen über das Gesetz in Sejm kam es nach Berichten aus Warschau zu heftigen Kämpfen. Der Entwurf wurde schließlich einer besonderen Kommission überwiesen.

## Die Konferenz in Washington.

Der Kampf um die Tollen.

London, 20. November. Einem Sonderbericht des Berichterstatters der Exchange Telegraph Company zufolge scheint jetzt die erste Spaltung der Washingtoner Konferenz zu drohen. Trotz der Warnung der Vereinigten Staaten, daß sie auf der Durchführung der Hauptpunkte der Hughes'schen Vorschläge bestehen, stellte sich Japan auf den Standpunkt, daß seine Großkampfschiff-Tonnage 70 Prozent, statt der von Amerika vorgeschlagenen 60 Prozent betragen solle. Die amerikanischen Delegierten unterstücken das Programm des Staatssekretärs Hughes und wies sich energisch dem nach seiner Ansicht unnötigen Festhalten von maßgebender japanischer Seite wider dagegen mitgeteilt, daß Japan in dieser Frage einen dem Standpunkte der Vereinigten Staaten stark entgegengeetzten Standpunkt einnehme.

Paris, 20. November. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington, Staatssekretär Hughes habe gestern mit Admiral Kato eine lange Unterredung über die japanischen Genervorschläge gehabt. Die amerikanische Delegation scheine eine weniger intransigente Haltung einnehmen zu wollen. Obwohl sie als Grundbedingung für die Tonnage die ausreichende Stärke der drei Flotten behaupten wolle, scheine Hughes hinsichtlich des Verhältnisses, das bekanntlich für England und Amerika 5 gegen 3 für Japan sein sollte, eine Revision zu erwägen, indem als Grundbedingung nicht die Tonnage selbst, sondern die Bewaffnung und die Schiffsanzahl der Flotten angenommen werden. Hughes habe auch mit Ballou konferiert, und man könne annehmen, daß die Unterredung sich auf die englischen Einwendungen in betreff der Selbsthaltung der Unterseeboote und auf Einstellung der Schiffbauten bezogen habe. Der Staatssekretär habe die Unterredung, die er gestern mit Briand über die Entwaffnungsfrage haben sollte, auf heute — Sonntag — verschoben. Die Sachverständigen Englands, Japans und Amerikas seien bereit, auf der von Hughes abgeänderten und angenommenen Grundlage ein Abkommen zu finden.

Paris, 20. November. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat sich die Reuener-Kommission gestern mit der Frage des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens beschäftigt und sich zugunsten des Grundgesetzes der Offenen Tür und der Gleichheit der Behandlung aller Nationen in China ausgesprochen.

## Eine Kundgebung der Gewerkschaftsinternationale.

Amsterdam, 19. November. In einer vom Bureau der Internationalen Gewerkschaftsbundes Anberufenen internationalen Konferenz von Vertretern der internationalen Berufsvereinigungen der Transport-, Berg- und Metallarbeiter wurden Entschlüsse gefaßt, die zur Bekämpfung des Kapitalismus und des Militarismus aufzuziehen und zur Propaganda für die allgemeine Arbeiterbewegung anfordern. Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zusammenzuschließen um im Falle drohender Kriegesgefahr durch sofortige Verkündung des internationalen Generalkonferenzen den Anbruch des Krieges zu verhindern. In erster Linie sei dies Pflicht der Arbeiter der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie.

## Die englische Arbeiterpartei gegen das englisch-japanische Bündnis.

London, 19. November. Die englische Arbeiterpartei hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt, sie erkenne die weitverbreitete Feindschaft gegen eine Fortdauer des englisch-japanischen Bündnisses an und sei der Ansicht, daß das Bündnis nicht erneuert werden dürfe. Die Arbeiterpartei begehre aus voller Ueberzeugung die Abkündigung der Vereinigten Staaten und fordere die Anwendung der Vorschläge auf alle Arten von Bündnissen. — Wenn die irische Konferenz beschlossene sollte, so würde die Arbeiterpartei weiterhin für das irische Volk diejenige Verfassung fordern, die die Föderation selbst wünschte, vorausgesetzt, daß sie den Schutz der Minorität vorsehe und verhindere, daß Irland eine Bedrohung für Großbritannien werde.

### Kriegsschulden und Reparationskassen.

Berlin, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Pariser Zeitungen behaupten, daß sich Lloyd George bereit erklärt habe, Hugo Stinnes zu empfangen. Die Liberté sagt, daß Lloyd George heute die Auffassung englischer Wirtschaftspolitiker teile, das einzige Mittel sowohl zur Behebung der englischen Wirtschaftskrise wie auch zur wirtschaftlichen Gesundung der ganzen Welt sei die Aufhebung der Schulden der Alliierten untereinander und die Neuordnung der deutschen Reparationskassen. Die Chicago Tribune läßt sich aus Washington melden, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten in Ablehnung ihrer bisherigen Haltung einer Verminderung der deutschen Zahlungsverpflichtungen nicht abgeneigt sei. Das sind natürlich nur Vermutungen, wie sie schon oft aufgelaucht sind, die sich aber schließlich immer als unbegründet erwiesen haben.

### Gehlers Dementi.

München, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Münchner Morgenpost nimmt heute zu einem Dementi des Reichswirtschaftsministers Gehler Stellung, in welchem er in Abrede stellt, daß er bei einer Truppenübung in Grafenwörth von bayrischen Offizieren ausgelacht worden sei, als er sie ermahnte, ihrem Eid auf die Republik treu zu bleiben. Die Morgenpost hält es für selbstverständlich, daß Gehler in vorliegendem Fall dementiert, weil er diese Blamage nicht auf sich sitzen lassen könnte, das ändere aber nichts an dem tatsächlichen Geschehen, die Morgenpost müsse ihre Behauptung aufrechterhalten. Recht eigenartig berührt an dem Dementi, daß Gehler behauptet, er habe gegenüber den bayrischen Offizieren, die ständig gegen die Republik wählten, von der Republik überhaupt nicht gesprochen.

### Entlassung sämtlicher Arbeiter in einem Krupp-Werk.

Berlin, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter der Krupp'schen Germania-Werke in Kiel hatten, wie die Berliner Montagopost mitteilt, an die Direktion die Forderung einer Wirtschaftshilfe in Höhe eines Monatsgehältes gestellt. Die Forderung, die ultimativ gestellt war, wurde nicht sofort bewilligt, darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder, und zwar, wie es heißt, sowohl gegen den Willen des Arbeiterrates wie der Gewerkschaften. Daraufhin habe die Direktion die sofortige Entlassung der gesamten Belegschaft ausgesprochen.

### Unruhen in Budapest.

U. K. Budapest war in den letzten Tagen der Schauplatz heftiger Unruhen und auch zur Stunde ist die Gefahr eines neuen blutigen Bürgerkrieges nicht beseitigt. Die Zensur unterdrückt bisher alle Nachrichten über die jüngsten Vorfälle, so daß sich erst jetzt die Situation übersehen läßt. Die Unruhen haben sich folgendenmaßen abgepielt:

Ende vergangener Woche strömten die aus Westungarn zurückkehrenden Banden unter Führung des berühmten Heijas nach der Hauptstadt, wo sich ihre Anwesenheit bald in Form Lärmender Kundgebungen und nächtlicher Orgelzüge bemerkbar machte. Heijas selbst nahm im Hotel Gellert in Ofen Quartier, wo er rücksichtslos alle Häuser hinausschickte und für sich und seine Offiziere 40 Zimmer reservierte.

Der Terror der Heijas-Banden, die unter der Parole „So lebe Horthy!“ die Hauptstadt unsicher machten, führte zu einer Gegenaktion der allmählich wieder erstarkenden Legitimisten. Das Hauptbestreben dieser Kreise geht jetzt in erster Linie dahin, den Heijasperimeter zu beseitigen, da sich während und nach dem Kuck-Butsch herausgestellt hat, daß Horthy unter keinen Umständen auf seine Machtstellung verzichten will. Die Legitimistenführer Beniczky und Szilagyi versuchten nun, aus einigen karlistisch gesinnten Teilen der aufgelösten Brigade Ofenburg eine Streitmacht aufzustellen, um Horthy zu kitzeln und nach Befreiung der noch in Haft befindlichen Politiker Graf Andrássy und Craig ein neues Kabinett unter Führung liberaler Elemente zu bilden.

In dieser gefährlichen Situation erfolgte der Rücktritt Heijas. Die Legitimisten verschieben darauf ihre Aktion, da sie nunmehr hoffen, auf friedlichem Wege in die Regierung gelangen zu können. Gleichzeitig verstärkte sich aber der Terror der Heijas-Banden, und das die Geschäfte weiterführenden Kabinett sah sich genötigt, einzuschreiten. Das Hotel Gellert wurde umzingelt und die Insassen nach kurzem Feuerkampf verhaftet. Als am andern Tage der Reichswehrführer erschien, daß sich unter den Verhafteten Heijas selbst befände, verurteilte er über den Kopf Heijas hinweg eigenmächtig die sofortige Freilassung seines „besten Offiziers“. Heijas befindet sich auch augenblicklich auf freiem Fuß. Die gegenwärtige Situation ist so verworren wie nur möglich. Bisher, der gern ein neues Kabinett unter seiner eigenen Führung bilden möchte, ist gegen Horthy; die Legitimisten sind gegen Horthy und gegen Heijas; die kleinen Landwirte sind für Horthy und gegen die Legitimisten. Ein Ausweg aus dieser Krise scheint allen ernsthaften Politikern nur durch eine Veränderung des politischen Kurses möglich, und es mehren sich die Stimmen, die für ein entschiedenes Abbrechen vom bisherigen System und ein aus liberalen Kreisen bestehendes neues Kabinett eintreten. Es sollen in diesem Sinne logar Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei eingeleitet sein, und man erwähnt als bemerkenswert, daß der gemäßigtere sozialdemokratische Führer Weidl, der seit zwei Jahren als Emigrant in Wien lebte, am Montag plötzlich in Budapest eintraf.

### Die Volksabstimmung in Dedenburg.

Wien, 19. November. Die Entscheidung der interalliierten Generäle über die Organisation der Volksabstimmung im Gebiet von Dedenburg besagt: Die Volksabstimmung wird acht Tage, nachdem die österreichischen Kräfte in friedlicher Weise das Gebiet des Burgenlandes bis zur Linie von Trianon (das Gebiet vor Dedenburg ausgeschlossen) besetzt haben und nachdem die interalliierten Generäle festgelegt haben werden, daß das Land sich im Zustand völliger Ruhe befindet, stattfinden, und zwar zuerst in der Stadt Dedenburg, hierauf in den Landgemeinden. Diese beiden Akte werden nur um einen Tag auseinanderliegen. Die Summe der beiden Abstimmungen ergibt das Endergebnis der Volksabstimmung. Das Stimmrecht wird allen Personen beiderlei Geschlechts zugesprochen, die am 1. 1. 1921 das 20. Jahr vollendet haben, im Abstimmungsgebiet geboren und dorthin zuständig sind oder seit einem Zeitpunkt vor dem 1. 1. 1919 den ständigen Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hatten und seit dem 1. 1. 1921 ihren ständigen Wohnsitz im Abstimmungsgebiet haben. Jede Abstimmungskommission wird aus mindestens drei interalliierten Offizieren mit einschließender Stimme und aus zwei österreichischen und zwei ungarischen Kommissaren bestehen, die aber nur beratende Stimme haben. Tag und Stunde der Abstimmung werden von den interalliierten Generälen festgelegt. Die Abstimmung wird geheim sein und jede öffentliche Propaganda ist beiden Parteien untersagt.

### Die Verbannung in Madeira.

Lissabon auf Madeira, 20. November. Karl und Jita von Dabburg sind gestern hier eingetroffen.

### Starks Anapage.

London, 21. November. (L.M.) Zu den Pariser Berichten, daß England geneigt sein würde, die dem König Karl für seinen Lebensunterhalt zu gewährenden Mittel zu geben, erklärt Reuters, es könne nicht die Rede davon sein, daß die englische Regierung die Verantwortung für die Anzapfung des für König Karl benötigten Betrages auf sich nehme. Darüber werde zwischen dem Hofkassier und den verschiedenen Nachfolgestaaten verhandelt, die wahrscheinlich 16 Mill. Pfund Sterling bewilligen werden.

### Die Kleine Entente will protestieren.

Bras, 19. November. Die Tagespost meldet aus Prag: Der rumänische und tschechoslowakische Gesandte haben dem Ministerpräsidenten die Anschauung ihrer Regierungen zum Beschluß der Botschafterkonferenz über die Anapage Karls von Habsburg bekannt. In diplomatischen Kreisen wird erwartet, daß die Kleine Entente scharfe Verwahrung gegen den Beschluß der Botschafterkonferenz einlegt.

### Die Sowjetpresse über die deutsche Ostpolitik.

Die Dena berichtet aus Moskau: Ein Leitartikel der Jowestija beschäftigt sich mit der Wendung in der Ostpolitik Deutschlands. Bis jetzt stellten sich die maßgebenden herrschenden Kreise Deutschlands auf die Schwächung ja sogar auf den Zusammenbruch der Sowjetmacht ein. Nun hat sich die Wetterfahne gewendet. Jowestija unterzieht die Ursachen dieser Wendung: „Die für Deutschland ungünstige Lösung der obersteilischen Frage, die rücksichtslose Durchführung des Versailles Friedensvertrags, haben der deutschen Bourgeoisie endgültig klar gemacht, daß sie von den Alliierten keinerlei Erleichterung zu erwarten hat. Die deutsche Bourgeoisie scheint zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß, wenn sie überhaupt ihre Existenz weiter behaupten will, sie eine von der Entente unabhängige Ostpolitik führen und insbesondere sich auf die Annäherung an Sowjetrußland einstellen muß. Die Politik des Abwartens gegenüber Sowjetrußland ist in Deutschland bankrott, sie hat ihre Nachteile offensichtlich erwiesen.“ Einen weiteren Grund zur Wendung der deutschen Ostpolitik bildet nach der Meinung der Jowestija die jüngste Note der Sowjetregierung: „Die deutsche Bourgeoisie versteht, daß nach der Erklärung der Sowjetregierung über ihre Bereitwilligkeit, die Vorkriegsschulden zu bezahlen, in der internationalen Lage der Sowjetrepublik früher oder später eine radikale Wendung eintreten wird und deshalb bereit sich Deutschland, ein freies Völkchen zu begeben, welches bis auf weiteres von niemandem beansprucht wird.“ Jowestija drückt ihre vollkommene Befriedigung über die Wendung der deutschen Ostpolitik aus: „Spät ist besser als niemals. Wenn die deutsche Regierung wirklich einen neuen Kurs in ihrer Außenpolitik einschlagen wird, so werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn wir immer der Ansicht gewesen, daß die Wiederaufnahme normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland nur zum beiderseitigen Vorteil sein kann.“

### Rostruk Sinowjews an die Bourgeoisie.

O. E. Auf der ersten Sitzung des neuen Petersburger Sowjets wurde Sinowjew zum Vorsitzenden wiedergewählt. In seiner Ansprache erklärte Sinowjew, daß man sich hinsichtlich der Periode der Revolution getäuscht habe: die heroische Epoche der Revolution sei gegenwärtig abgeschlossen und nunmehr hätten die Wirtschaftler das Wort. Die russischen Emigranten hätten zu schwanken begonnen und ein Teil von ihnen fordere zur Rückkehr in die Heimat auf. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo auch Kijew zum Zentrum umkehren werde. „Wir werden, erklärte Sinowjew, ihnen dann sagen: „Kommt!“ — Im Zusammenhang mit dieser Rede Sinowjews gewinnt eine Äußerung der Petersburger Krasnaja Gasetta Interesse, die von der Möglichkeit einer künftigen Gewährung politischer Rechte an die Bourgeoisie spricht. — Auf derselben Sitzung des Petersburger Sowjets trat der aus Deutschland geflüchtete Kommunist Brandler mit einer Begrüßungsrede hervor, worin er sein Bedauern darüber äußerte, daß die deutsche Arbeiterschaft, trotzdem Deutschland gegenwärtig eine Krise durchmache, unter den Einfluß der Reformisten geraten sei.

### Spaltung der ungarischen kommunistischen Partei.

UK. Die kommunistische Partei Ungarns, deren Zentrale sich in Moskau befindet, hat seit dem Zusammenbruch der Budapestener Diktatur ihre wichtigste und aktivste Zweigstelle in Wien. Innerhalb der dortigen Parteileitung war es bereits seit längerer Zeit zu Meinungsverschiedenheiten über die einschlägige Taktik der Partei gegenüber dem Horthy-Regime gekommen. Der Streik ist nunmehr durch einen Beschluß der Moskauer Zentrale entschieden worden. Eine Anzahl Mitglieder, die die Auffassung vertraten, daß in der gegenwärtigen Situation die Unterminierung des Horthy-Regimes durch Propaganda von außen, Einschmuggelung von Flugchriften usw. zu erstreben sei, wurden aus der Partei ausgeschlossen bzw. traten freiwillig aus. Die Leitung der Wiener Zweigstelle besteht nun ausschließlich aus Anhängern der Moskauer Anschauung, wonach in Ungarn selbst eine illegale kommunistische Partei begründet werden und in Wirksamkeit treten soll. Unter den ausgeschiedenen Mitgliedern befinden sich eine Reihe bekannte Führer der Ungarischen Räterepublik, so die gewesenen Volksbeauftragten Georg Lukacs, Hamburger, Landier u. a.

### Nationalkongreß der französischen Kommunisten.

Die Humanité veröffentlicht einen von Frossard unterzeichneten Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs, der zu dem ordentlichen Nationalkongreß der kommunistischen Partei einlädt. Der Kongreß wird am 25. bis 29. Dezember in Paris stattfinden. Die Tagesordnung umfaßt außer den gewöhnlichen Berichten sieben Punkte: 1. Berichte der Partei und der Syndikate; 2. Landwirtschaftspolitik der Partei; 3. Die Militärfrage und die nationale Verteidigung; 4. Die Wahlstatistik; 5. Die Organisation der Frauen; 6. Die Kooperativen und die Partei; 7. Die Wahl der Komiteeleiters, des Verwaltungsrats, der Direktion der Humanité und der Internationale.

### Aufstand in Ostkarelien.

Higa, 21. November. (M.) Die Zustände in Ostkarelien geben zu Besorgnis Anlaß, da die Sowjetregierung in den letzten Monaten systematisch die finnischen Beamten entfernt und Sowjetfunktionäre einsetzt. Diese Maßnahmen veranlassen die Bevölkerung in den letzten Oktobertagen die Waffen zu ergreifen. Aus zahlreichen Dörfern wurden die Sowjetbeamten vertrieben. Die Zahl der Ausländischen übersteigt nicht 2000. Die Sowjetregierung behauptet, der Aufstand sei von Finnland aus organisiert worden, und verlangt in einer in scharfen Tönen gehaltenen Note die Zurückziehung der angeblich in Ostkarelien befindlichen finnischen Truppen.

Berlin, 20. November. (M.B.) Nach Meldungen, die bei der hiesigen finnischen Gesandtschaft eingegangen sind, breitet sich der Aufbruch in Ostkarelien, der in den vier der finnischen Grenze benachbarten Gemeinden Ingujärvi, Klmasjärvi, Kontok und Pusajärvi ausgebrochen ist, schnell nach Süden und Norden aus. Südwärts hat er bereits Neijärvi erreicht. Die Truppen der Volkswachen, die verhältnismäßig gering an Zahl sind, haben die Flucht ergriffen oder sind umzingelt worden. Laut Luft Suomi haben die Karelier etwa 2000 Mann unter Waffen. Sie leiden jedoch Mangel an Munition und Arzneimitteln. Die Truppen der

Karelier sind in der Richtung auf die Murmanbahn vorgerückt. Als letzte Ursache des schon seit langer Zeit in der Bevölkerung währenden Aufbruchs sind die von den Bolschewisten vorgenommenen Zwangsanschiebungen und Konquisitionen zu betrachten, sowie damit zusammenhängende Verhaftungen und Morde. Die finnische Regierung beobachtet strenge Neutralität und hat die finnische Grenzbeobachtung angewiesen, die Bestimmungen des Dorpatener Friedens genau zu befolgen.

### Empfang des Prinzen von Wales in Indien.

Aus Anlaß der Ankunft des Prinzen von Wales in Bombay ist es dort zu ersten Unruhen gekommen. Reuters berichtet darüber folgende Einzelheiten: Die Demonstranten hielten Wagen, Kraftwagen und Straßenbahnwagen an und belästigten alle Personen, die europäische Kleidung trugen. An zahlreichen Straßenenden wurden ausländische Stoffe verbrannt und Ausfressungen in großem Maßstabe begangen, wobei die Menge insbesondere Personen angriff, die von der Begrüßung des Prinzen von Wales kamen. Straßenbahnwagen wurden mit Petroleum begossen und angezündet. Die Polizei konnte der Demonstration nicht Herr werden. Militär mußte herbeigerufen werden und es kam zu Straßenkämpfen. Einzelne Führer suchten die Menge zu beruhigen, doch ohne Erfolg. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Militär und Polizei patrouillieren jetzt in den Stadtteilen, in denen die Ausschreitungen stattfanden. — Einer Reutersmeldung aus Kalkutta zufolge wurde aus Anlaß der Landung des Prinzen von Wales in Bombay ein Aufruhr ins Werk gesetzt. Durch Flugblätter war eine heftige Propagandaarbeit entfaltet worden; in einigen Fällen waren die Ladeninhaber mit Minderung ihrer Läden bedroht worden für den Fall, daß sie nicht schließen sollten. Infolgedessen hat die Stadt ein ungewöhnlich stilles Bild. — Nach einer neueren amtlichen Mitteilung herrscht in Bombay Ruhe, obwohl in den meisten Fabriken nicht gearbeitet wird. Bei den bereits gemeldeten Unruhen wurden vier Polizisten getötet und 30 schwer verwundet. In Kalkutta sind mehrere Vereinskongresse, die wegen der Zusammenarbeit mit den britischen Behörden Propaganda machen, für ungesetzlich erklärt worden.

### Verhandlungen zwischen Lloyd George und Craig?

London, 19. November. Der Ministerpräsident erörtert gestern nachmittags die Antwort Witters, die wie allgemein angenommen wird, unannehmlich in Tone ist. Man hofft trotzdem, daß bald informelle Unterredungen zwischen Lloyd George und Craig stattfinden werden, doch werde vielleicht infolge von Craigs Unmäßigkeit eine Veränderung eintreten. Es verlautet, daß die Regierung Selbstverpflichtung für ganz Irland mit einer provinziellen Gesetzgebung für Witter ins Auge faßt.

### England und das französisch-türkische Abkommen.

London, 21. November. Observer schreibt über die französische Antwort auf die britischen Bemerkungen zu dem Ankara-Abkommen, es sei vollkommen unmissverständlich für England, den Vertrag zwischen Frankreich und den Kemalisten anzuerkennen, ebenso sich einer Aktion gegen einige der Bestimmungen zu enthalten. Der Vertrag mit Ankara bedeute ein französisches Protektorat über die Türkei und bedrohe Mesopotamien, indem er die Bagdadbahn in einem vitalen Teil den Kemalisten aushändige.

### Aus der Partei.

5 Mark Monatsbeitrag. Eine Bezirkskonferenz der U.S.P. im Saarrevier beschloß, entsprechend der Geldentwertung den Monatsbeitrag auf 5 Mark festzusetzen, um die Parteiorganisationen arbeitsfähig zu erhalten.

### Warnung.

Man schreibt uns: Verschiedene Ortsgruppen unserer Partei haben beim Zentralkomitee angefragt, ob der Zentrale ein sozialdemokratisches tschechoslowakisches Landtagsabgeordneter Lippert bekannt sei. Derselbe ist bei unsren Genossen in Rosrod erschienen und hat unter Vorlegung einer falschen amtlichen Bestätigung, daß er Landtagsabgeordneter gewesen sei, sowie von Schriftstücken mit einer gefälschten Unterschrift vom Genossen Czispin Gelder erzwungen. Im Auftrag des Zentralkomitees hat sich der Genosse Künstler an das Sekretariat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik mit der Frage gewandt, ob den dortigen Genossen ein Landtagsabgeordneter Lippert bekannt sei. Darauf ging am 4. November folgender Brief bei der Zentrale ein:

Wetter Genosse! Antwortlich Ihres Briefes vom 1. November teilen wir Ihnen mit, daß ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter namens Lippert bei uns nie gewesen ist und nie sein konnte, nachdem wir seit dem Umsturz keine Landtage mehr besitzen und vor dem Umsturz 1918 der Landtag auf Grund eines Dreiklassenwahlrechts gewählt war und daher der Arbeiter keine Vertretung in diesem Landtag hatte. Wenn daher sich jemand als Landtagsabgeordneter aus der Tschechoslowakei ausgibt, so ist er ein Schwindler. Einen Vertrauensmann mit Namen Lippert, der in einer unserer Ortsgruppen hervorragend tätig gewesen wäre, ist uns auch nicht bekannt. Ob Lippert Mitglied unserer Partei war, konnten wir natürlich nicht feststellen. Auf keinen Fall war er Vertrauensmann und unter gar keinen Umständen Landtagsabgeordneter. Nach unserer Meinung ist er ein gewöhnlicher Hochstapler und geht nur darauf aus, um unsern Genossen Geld abzuhacken.

Dieser Fall zeigt unsern Genossen, daß sie gegenüber Leuten, die angeblich Parteigenossen zu sein, und unter Angabe aller möglichen Gründe von den Genossen Geld erbitten, sehr vorsichtig sein müssen.

### Der Stand der Valuta.

#### Amliche Wirtagskurve

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	18. 11. 21	19. 11. 21
	Mark		
1 amerikanischer Dollar	4.12	269.48	275.50
100 holländische Gulden	20.43	1063.90	1115.—
100 holländische Gulden	169.00	9325.65	9725.—
100 schweizerische Franken	112.50	6233.75	6170.—
100 Schweizer Franken	91.00	6109.85	5222.—
100 französische Franken	91.00	1968.—	1860.—
100 belgische Franken	91.00	1878.10	1925.—
100 italienische Lire	91.00	1121.25	1146.—
100 deutsch-österreichische Kronen	85.00	9.53	9.25
100 tschechoslowakische Kronen	—	291.70	292.50
100 ungarische Kronen	—	27.72	29.—

### Von Nah und Fern.

Zwölf Kinder im Kino verbrannt. Sauburg, 20. November. Ein schweres Brand- und Explosionsunfall ereignete sich heute in einem hiesigen Kino während einer von mehreren hundert Kindern besuchten Jugendvorstellung. Bis jetzt sind elf Leichen geboren. Neun schwer verletzte Kinder sind ins Krankenhaus gebracht worden, wo noch eins gestorben ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Wille Vorstadt Leipzig. Druck u. Verlag: Leipzig, Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. November.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Heute abend, 8 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Die am 1. Januar in die Fraktion neu eintretenden Genossen werden er- lacht, an den regelmäßig jeden Montag stattfindenden Sitzungen der Fraktion teilzunehmen.

Ortsverein L. Miedern. Der für morgen, Dienstag, den 22. November, angelegte Diskussionsabend findet eine Woche später statt.

Der Frauen Diskussionsabend des Ortsvereins L. Plagwitz-Schleußig für die Genossinnen von L. Plagwitz und Lind- Schleußig findet Mittwoch, den 23. November, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Kamerun, L. Plagwitz, Ronnenstraße, statt.

Schönefeld. Nächsten Mittwoch Besuch von Papa Kleinert. Abmarsch pünktlich 1/3 Uhr von der Filiale. Billette für Mit- gliedskinder à 50 Pf. sind schnellstens in der Filiale zu ent- nehmen.

Dehlg-Gaußsch. Heute abend 7 Uhr (vor der Versammlung) im Bürgergarten wichtige Funktionärsitzung. Vollzählig und pünktlich erscheinen.

Ortsverein Marktstädt USPD, Dienstag, den 22. November 1921, abends 7/8 Uhr, in der Turnhalle, Sitzung Vorstände, Be- triebsoffiziere, Funktionäre, mit dem Jugend-Vorstand.

Gewerkschaften! Sitzung der Lehrlingskommission, heute abend 7 Uhr, im Hotel Viktoria, kleines Restaurationszimmer. Sämt- liche Lehrlingsvertreter der Gewerkschaften werden um Teilnahme er- sucht. Gewerkschaftsstartell.

Kursus 3, Kipping fällt am Donnerstag, dem 22. November, wegen Befreiung des Referenten aus.

Gruppenrat 4, Chemie. Heute abend, 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104. 6 Uhr, Sitzung der Untergruppen.

Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes (Fraktion der USPD.) Dienstag, den 22. November 1921, abends 7 Uhr, Sitzung im Speisesaal der Leipziger Volkszeitung. Wichtige Tagesordnung. Ohne Parteibuch kein Zutritt.

Die sozialistische Listenverbindung.

Am Tage nach der Stadtverordnetenwahl berechnete die Leip- ziger Volkszeitung die Verteilung der Mandate nach den ersten Meldungen über das Wahlergebnis, wobei wir zu dem Schluß kamen, daß sich an der Verteilung der Mandate nichts geändert hätte, wenn die drei sozialistischen Parteien ihre Listen ver- bunden hätten. Dieser Berechnung lag die Annahme zugrunde, daß die Deutsch-sozialistische Partei ein Mandat erhalte. Da aber die Antikemiten in Wirklichkeit kein Mandat erobert haben, würde sich auch nach den nunmehr vorliegenden amtlichen Wahlergeb- nis eine andere Verteilung der Mandate ergeben, wenn die drei sozialistischen Parteien ihre Listen miteinander verbunden hätten. Die drei sozialistischen Parteien haben 114 710 + 28 428 + 30 841 = 174 979 Stimmen erhalten, denen 134 036 + 29 381 = 163 417 bürgerliche Stimmen der beiden verbundenen Listen gegenüber- stehen. Aus dem Größenverhältnis der beiden Zahlen ergibt sich ohne weiteres, daß sich eine sozialistische Mehrheit ergeben hätte, wenn die drei Parteien ihre Listen verbunden hätten. Das zeigt sich auch, wenn man nach dem vom Wahlamt angewandten System die Zahl der Sitze berechnet.

Nach dieser Berechnung würde der Sitz Nr. 68 auf die ver- bundene Liste der sozialistischen Parteien entfallen; das wäre das 35. sozialistische Mandat. Der Sitz Nr. 69 käme auf die ver- bundene bürgerliche Liste, es wäre das 34. bürgerliche Mandat. Der Sitz Nr. 70 käme wieder auf die sozialistische Liste, das 36. sozialistische Mandat. Der Sitz Nr. 71 entfiel auf die bürger- liche Liste, die damit ihr 35. Mandat erhielt. Der letzte Sitz Nr. 72 würde der verbundenen sozialistischen Liste zufallen, die demnach 37 Mandate erhalten hätte.

Nach demselben amtlichen System berechnet würden von den 37 sozialistischen Sitzen den Mehrheitssozialisten 5, den Kom- munisten 6 und den Unabhängigen 26 zufallen.

Da die Listenverbindung der drei sozialistischen Parteien an dem Widerstand der Rechtssozialisten gescheitert ist, drifft diese die Schuld daran, daß im neuen Stadtverordnetenkollegium keine sozialistische Mehrheit erreicht worden ist. Das Verhalten der Leipziger Rechtssozialisten ist um so unverständlicher, weil zur gleichen Zeit die Rechtssozialisten in Dresden ihre Liste sowohl mit den Unabhängigen als auch mit den Kommunisten verbunden haben. Die Folgen dieser unverständigen Haltung der Rechts- sozialisten werde sich im neuen Stadtparlament sehr bald zum Schaden der Arbeiterklasse zeigen.

Wenn so die Schuld der Rechtssozialisten festgestellt werden muß, so erfordert doch auch die Gerechtigkeit, darauf hinzuweisen, daß auch die Kommunisten nicht unschuldig an dem Scheitern der

Listenvorbindung sind. Wohl haben sich die Kommunisten bereit erklärt, mit der USPD. und mit der USV. oder auch allein mit der USV. Listenverbindung einzugehen, aber sie haben durch ihr Verhalten vor der Entscheidung über die Listenverbindung reich- lich dazu beigetragen, die Widerstände gegen eine Listenverbin- dung mit der KPD. zu stärken. Selbst in den Reihen der Unab- hängigen war die Abneigung gegen eine Listenverbindung mit den Kommunisten sehr stark. Das ist auch nur zu erklärlich. Wenn jemand, der aus ehrlicher Überzeugung der Arbeiterbewegung dient, von den Kommunisten fortgesetzt als „Verräter“ und als „Agent der Bourgeoisie“ beschimpft wird, so wird der Beschimpfte kaum geneigt sein, mit den Schimpfaposteln in eine Kampf- gemeinschaft zu treten. Nur die eiserne Notwendigkeit der profes- tariischen Einheitsfront hat schließlich in der USV. die Bedenken gegen eine Listenverbindung mit der KPD. zurücktreten lassen. Und das war gut so.

Das Nichtzustandekommen einer Listenverbindung der drei sozialistischen Parteien bedeutet praktisch eine schwere Schädigung der Arbeiter Leipzigs. Es ist leider so: der Weg zur Einheits- front des Proletariats führt über Niederlagen der Arbeiter- klasse. Soffentlich lernen die Arbeiter recht bald, die Nieder- lagen zu vermeiden, die sich aus der zersplitterten Arbeiter- bewegung ergeben.

Der wirtschaftliche und politische Bankrott Deutschlands.

Ueber dieses Thema spricht am Dienstag, 22. November, nachmittags 5 Uhr, Genosse Fritz Seger in einer

öffentlichen Versammlung im Volkshaus.

Die ernste Situation zwingt jeden Mann und jede Frau aus dem Proletariat, zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung zu nehmen. Ein Massenbesuch dieser wichtigen Versammlung ist daher dringend erforderlich!

In den Betrieben muß die regste Agitation für diese Versammlung entfaltet werden.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

Ein Musterbeispiel von Geheimratswirtschaft.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 18. November erklärte der Polizeidirektor Dr. Kubitz auf die Angriffe des Genossen Freitag, der als Leiter der Kriminalabteilung nach Leipzig ge- holte Staatsanwalt Stelzner sei vom Ministerium des Innern empfohlen worden. Wie unsere Ermittlungen ergeben haben, ist auch tatsächlich von der zweiten Abteilung des Ministeriums eine Auskunft über Stelzner erteilt worden, die eine Empfehlung des Mannes bedeutet. Als diese Empfehlung dem Minister Lippinski bekannt wurde, hat er veranlaßt, daß dem Polizeiamt in Leipzig mitgeteilt wurde, die Auskunft der Abteilung II sei eine private gewesen. Daraufhin hat der Polizeidirektor Dr. Kubitz dem Ministerium geantwortet, er habe das Schreiben der Abteilung II als amtliches Schriftstück ansehen müssen. Formell ist Dr. Kubitz zweifellos im Recht, nur hätte er in der Stadtverordnetenversammlung auch sagen müssen, daß die Empfehlung des Staatsanwalts Stelzner nachträglich durch das Ministerium korrigiert worden ist.

Der Vorgang zeigt, wie sehr die Geheimräte im Ministerium ihre Position dazu ausnutzen, ihre reaktionären Gesinnungs- genossen unterzubringen. Diese Geheimratswirtschaft wird nicht früher beseitigt, als bis durch rückwärtsloses Durchgreifen unter den Reaktionsären gründlich aufgeräumt worden ist.

Wie die Unterbeamten geprellt wurden.

Die Leipziger Abendpost vom 24. November 1921 meint bei der Erörterung der Festschließung der neuen Gehälter für die Be- amten, daß die Gewerkschafts- und Parteibonzen „es inzwischen fertiggebracht haben, in die höchsten und bestbezahltesten Stellen ihre, wenn auch unerfahrenen, so doch gesinnungstüchtigen Partei-

leute hineinzusetzen. So glauben sie nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, wo sie, entgegen ihren Revolutionsversprechen, nicht mehr die Gehälter der höheren Beamten zugunsten der niederen Beamten zu beschneiden brauchen, sondern es für angelegentlich halten, bevor der große Krach kommt, ihren in höheren Beamtenstellen stehenden Parteifunktionären möglichst viel zukommen zu lassen.“

Die Abendpost sollte wissen, daß die USV. am 11. November 1921 im Reichstage anlässlich der zweiten und dritten Lesung der neuen Beamtenbesoldung eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für die Gruppen I-VII gestellt hat, die von den Reichsparreien prompt abgelehrt wurden! Sie müßte weiter wissen, daß die paar Sozialdemokraten in höheren Beamtenstellen an den Finanzern abzuhäufeln sind und daß das Gros der höheren Beamtenbesoldung nach wie vor dieselben Leute von ehemals sind. — Wir geben in fol- gendem eine Zusammenstellung, die besser als alles andre beweist wie die mittlere und untere Beamtenbesoldung von der bürger- lichen Mehrheit des Reichstags behandelt wird:

Table with 6 columns: Gruppe, Monatl. Gehalt am 30.9.21, Monatl. Gehalt ab 1.10.21, Erhöhung um monatlich, In Pro- zenten, Nachzahlung für 2 Monate ohne Abbau der Steuern. Rows I to XIII.

Nach der Zusammenstellung erhält ein Beamter der Gruppe I jetzt 12 Prozent Aufbesserung, monatlich also 105 M., und ein Beamter der Gruppe XIII 108 Prozent oder monatlich 3122.81 Mark. Bei beiden ist die Besoldungsstufe 1 ihrer Gruppe ange- nommen. Wäre es nach der USV. gegangen, so wären die oberen Besoldungsgruppen zugunsten der Gruppen I-VII herabgesetzt worden. Man lese darüber die Reden unter Genossin Zisch im Reichstagsbericht vom 11. November 1921 nach.

Was ist Terror?

Die L. N. R. und der Bürgerblock redeten über „roten Terror“, als sie vernahmten, daß die Gewerkschaften eine Kontrolle über das Erscheinen ihrer Mitglieder zur Wahl beschloffen hatten. Nach der Wahl machten die L. N. R. dafür Propaganda, Namen der „Wahlkäulen“ zu veröffentlichen. Ein Leser sendet uns hierzu fol- gende Gegenüberstellung, die beweist, wie „konsequent“ die L. N. R. sind:

Die bösen Gewerkschaften kon- trollieren ihre Mitglieder, ob sie gewählt haben: Die „Gewerk- schaftsgenossen“ waren als „freie“ Arbeiter bei Ausübung des freiesten Wahlrechts einer Kon- trolle der Gewerkschaften insofern unterzogen, als sie vor den Ein- gängen der Wahllokale ihren Kontrollschein abstempeln lassen mußten.

Die Schuld der Wahlkäulen — unverzeihliche Pflichtvergesen- heit —. Der schon häufig er- wogene Gedanke, die Namen der Wahlkäulen öffentlich bekannt- zugeben, wird infolge der Er- fahrungen am gestrigen Sonntag zweifellos an Anhänger ge- winnen.

Das ist nach Ansicht der L. N. R. Terror!!

Das ist nach der Meinung der L. N. R. natürlich kein Terror!!

Mißstände im Krankenhaus.

Uns wird geschrieben: Am 15. Oktober mußte ich mein zehn Monate altes Kind wegen Genickstarre in das Leipziger Kinder- krankenhause einliefern. Vom ersten Tage an machte mir der be- handelnde Arzt wenig Hoffnung. Unter anderem sagte er mir auch, daß wahrscheinlich im Kopfe des Kindes ein Krankheitsherd sei, wo der Krankheitsstoff nicht abgehe. Dadurch würden die Aus- sichten auf Heilung bedeutend verringert. Am 24. Oktober starb mein Kind, abends 7/8 Uhr. Freitag früh um 8 Uhr, Bescheid hatte ich am 27. Donnerstag, noch erhalten, fand ich mich im Krankenhaus ein, um die notwendigen Formalitäten zu erledigen. Weil ich mein Kind einäschern lassen wollte, mußte ich es ent- weder durch den Bezirksarzt freigeben lassen, oder ich mußte in die Sektion einwilligen. Als Sozialist und Freidenker war ich ohne Ueberlegung für das letztere entschlossen. Besonders wegen dem vermeintlichen Herd der Krankheit im Kopfe, war ich so schnell bereit, meine Einwilligung zu geben. Am selben Abend gegen 5 Uhr kam ich wieder in das Krankenhaus, um die nötigen Papiere zu erhalten. Alles war fertig, auch die Sektion war schon vorgenommen. Nun kommt das Wunderliche. Daß, daß ich mein Kind der Allgemeinheit und der Wissenschaft zur Verfügung stellte, dafür, daß die Ärzte ihr Wissen und Können bereichern, also profitieren, durfte ich 50 M., in Buchstaben fünfzig Mark, bezahlen. Die Hälfte davon bekam der behandelnde Arzt, der bei der Sektion zugegen war, die andere 25 M. der Direktor des Instituts.

Das empörendste an der ganzen Sache ist aber, daß mir da- von nichts gelagt wurde. Wenn ich nun nicht in der Lage war, 50 M. zu bezahlen, dann mußte ich am andern Tag doch noch zum Bezirksarzt und veräumte noch einmal Arbeitszeit. Wenn

„Frühzeit“.

Eine Proletenautobiographie. Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

„Komm, hole mir Zigaretten.“ sagte ich jedesmal kurz vor dem Weggehen zum Vehrting, und während seiner Abwesenheit klopfte ich mir die Taschen voll Brot und Kleide mit an. Ruhig ließ ich seine prüfenden Blicke über mich ergehen und verschwand. „Scheinheiliges Paf.“ stuchte ich auf der Straße und rechnete mein Erspartes nach. Auf meinem Zimmer machte ich mir Kaffee zu- recht, ah etliche Semmeln, begann zu lesen oder schrieb, bis ich einschlief. Die Logiswirtin kam herein, rüttelte mich wach und sagte: „Gehen Sie doch zu Bett.“ Ich kleidete mich aus, legte mich hin und schlief wie ein Sack. Abends um 9 Uhr, bevor sie schlafen ging, weckte mich die Wirtin wieder. Ich machte mich fertig und ging wieder ins Geschäft.

Mittlerweile hatte ich mir einen taubenblauen Anzug ge- kauft, ein Paar gelbe Halbschuhe und Hemden. Keine Habe trauete mich. Sie war mißsam vom Leibe abgeparnt und deshalb um so kostbarer.

Eines Sonntags kam ich wieder zu Schrimpf. Er wohnte in einem kleinen Atelier im Rückgebäude. Als ich den Durch- gang des Vorderhauses durchschritt hatte und vom Hof aus hinauf sah, waren die Fenster offen und zwei Mädchen winkten und schrien sehr laut herunter. Das eine war im Hemd, das an- dere nackt. Ein fürchterlicher Lärm kam von oben. Ich rannte die Stiege hinauf und trat ein. Da sah es aus wie nach der Schlacht bei Sedan. Heringsblischen, Risten, schmutzige Eimer standen herum und der Tisch war vollgestellt mit Kartstößen. Rämme lagen da, schmutzige Tassen standen herum und die bei- den Modelle hüpfen umher wie toll. Schrimpf sah ruhig auf dem Divan und malte an einer Landschaft, lachte hier und da über

geterte um Ruhe. Mir gefiel das Zigeunerleben. Ich freudente mich mit den Mädchen an. Man ging spazieren. Abends besuch- ten wir ein Kino, dann gingen wir wieder in Schrimps Atelier. Lollo kochte Tee in einer Heringsblische und fragte mich, ob ich auch so zerrissene Hemden an hätte wie mein Freund. Ich lachte. „Das geht nicht mehr, ihr müßt hinaus.“ sagte Schrimpf bestimmt zu den Mädchen. „Ja, zwei dürfen auch bei einem Herrn nicht sein.“ sagte Lollo.

Schrimpf sah hilflos drein. „Du mußt hinaus.“ sagte Lollo dann zu ihrer Rivalkin, ich bin schon viel länger da.“ Schrimpf und ich sahen eine Weile stumm da. Die Mädchen keiften. Plötzlich fingen sie an zu raufen, zerrten sich an den Haaren und machten einen ungeheuren Spekt- akel, bis Schrimpf sich erhob und einschritt.

„Packt eure Sachen zusammen und macht, daß ihr fortkommt.“ sagte er.

Die Mädchen fingen zu bitten an. Lollo kam zu mir: „Nicht wahr, Herr Graf, das sagen Sie doch auch, daß diejenige, die am längsten da ist, ein Vorrecht hat.“

Ich nickte. Schließlich einigte man sich, daß die beiden mor- gen ausziehen. Ich mußte gehen. „Wie lange machst du denn deinen Dreck noch?“ fragte mich Schrimpf an der Haustüre.

„Nicht mehr lange.“ sagte ich mechanisch.

„Suche dir doch eine Bureaustelle.“ sagte er wieder. „Ich muß überhaupt weg von Mädchen. Ich will nach Berlin, dort ist eher was zu machen“, antwortete ich und ging.

Auf dem Heimweg rechnete ich, wie lange ich es aushalten könnte ohne Stelle, forschte nach andern Möglichkeiten. Alles war so widerlich, so eng!

Es war bereits zehn Uhr. Ich kleidete mich um und ging mü- hntig ins Geschäft. Wochen zerblättert. Träge und entschlossen floh die Zeit.

Ich nahm ein Lotterielos. In einer Woche sollte Ziehung sein. Zehntausend Mark war der Hauptgewinn. Eine Rettung, dachte ich. Nichts.

Ich sandte Stützen an verschiedene Zeitschriften. Alle kamen zurück.

Defters traf ich Lollo, schenkte ihr Brot und vertäubelte mit ihr Nachmittage. Nachts hatte ich Schlaf.

Fort, dachte ich, fort, so weit ein Zug geht!

Eines Tages traf ich Moraz. Er erzählte mir, daß Jung nach Berlin gefahren sei und dort lebe. Zwei Bücher seien von ihm er- schienen.

Ja oben, Berlin, dachte ich.

Der Lehrling hatte mich verlastet. Jetzt machte sich plötzlich jeder Tag der Meister kurz vor meinem Weggehen in der Last- stube zu schaffen und beobachtete mich. Mein Grimm wuchs.

Durch einen unglücklichen Zufall überbrachte ich mir die Hand mit heißer Lauge. Ich mußte zwei Wochen ausziehen, bekam Krankengeld. Aber der Meister schickte jeden dritten Tag zu mir, wann ich wieder anfangen könnte. Als die Hand geheilt war und ich wieder arbeitete, spottete der Geselle: „Wegen so einer Kleinig- keit zwei Wochen ausziehen.“

Der Meister hielt sich etwas zurück, sagte nur manchmal: „Ja, ja, heutzutage sind die jungen Herrn empfindlich.“

Ober er fragte: „Von was haben Sie denn die zwei Wochen gelebt?“

Daher bläst der Wind, dachte ich und sagte harmlos: „Nun ja, schließlich ein paar Pfennige erspart man sich doch, wenn man immer arbeitet.“

„So ein paar Laugenspritzer sind leicht zu ertragen, wenn man solange Feiertag drauß machen kann“, meinte der Geselle wihig unterm Weindrehen, und der Meister lachte. Ich arbeitete ruhig weiter. Noch drei bis vier Wochenlöhne, dann werfe ich die Sache hin, war mein Gedanke.

„Ihr seid schöne Kriecher.“ sagte ich eines Nachts zum Ge- sellen und Vehrting, „alles hinterbringt ihr dem Meister, und der lacht sich in die Faust über unsre Unmündigkeit. Er zieht den Augen davon.“

(Fortsetzung folgt.)

man schon für sein Interesse an der Allgemeinheit noch bezaubert sein muß, dann gehört es sich doch, daß man davon unterrichtet wird. Sogar ein Arzt, dem ich den Fall erzählte, war darüber erstaunt, daß ich da noch bezaubert wurde. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß solche Fälle nicht wieder vorkommen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 23. November, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird sich wieder mit dem Haushaltsplan beschäftigen. Es stehen u. a. die Konten Siegelungsamt, Feuerlöschwesen und Straßenbahn auf der Tagesordnung. Außerdem wird das Kollegium beraten über die Rückführung des Rates wegen des Teuerungszuschlags zu den Dieselkraftpreisen, über die Erhöhung der Kartoffelverteilung, über Erhöhung der Bäderpreise, über die Rückführung des Rates wegen der Erhöhung der Gas- und Wasserpreise, über die Rückführung des Rates wegen Auszahlung der Mehrbezüge an Gehältern, die sich bei Anwendung der von Reich und Staat getroffenen Neuregelung ergeben, über die Erhöhung der Arbeiterlöhne, über die vorläufige Regelung der Bezüge der Ruheständler.

Zu dem schweren Eisenbahnunfall in Engelzdorf, das fünf Opfer forderte, ist noch zu melden, daß drei Eisenbahner, die Streckenarbeiter Schindler aus Liebertsdorf, Streckenarbeiter Schürfer aus Paundorf und Streckenarbeiter Murek aus Selterhausen, den Tod erlitten. Hilfsleiterführer Röhre und Streckenarbeiter Jocher trugen schwere Verletzungen davon. Der erste wurde am Kopfe schwer verletzt, und dem zweiten wurde ein Arm abgetrennt. Amtlich wird zu dem Unglücksfall gemeldet: Auf dem Verschiebebahnhof Engelzdorf ist am Sonntag, dem 19. November 21, vormittags 10,30, die am Gleise 43 zwischen Stellerei VI und VII arbeitende Streckenarbeitertruppe von der Lokomotive des Zuges 3461 auf ihrer Fahrt nach dem Heizhaus überfahren worden. Durch den auf dem benachbarten Gleise 108 ausfahrenden Cheminier Güterzug 236 war die Kotte verfahren in Rauch und Dampf gehüllt, daß sie die herannahende Lokomotive nicht bemerkten, wie auch der Lokomotivführer die Kotte nicht sehen konnte. Bei diesem furchtbaren Unfall haben drei Arbeiter ihr Leben eingebüßt, zwei andre sind schwer verletzt worden. Die Untersuchung ist eingestellt.

Bestraffungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 6. bis 12. Oktober fanden 145 Ehehehlungen statt. An Geburten waren in der Woche vom 30. Oktober bis 5. November zu verzeichnen: Lebendgeborene 222. Darunter waren unehelich 38. Totgeborene waren 6 Kinder; 2 davon waren unehelich. Gestorben sind in der Woche vom 6. bis 12. November 163 Personen. Davon waren 22 Kinder unter einem Jahre. Der Tuberkulose erlagen 17 Personen. An Mägen- und Darmtätarrh starben 5 Kinder unter einem Jahre. Selbstmord verübten 6 Personen, 4 männliche und 2 weibliche. Tödliche Unfälle erlitten 4 Personen.

Für Hausbesitzer. Wer die Wohnungslisten für die Steuerberatung nicht abgibt, muß das sofort nach tun. Die Eigentümer werden jetzt schriftlich unter Strafandrohung zur Abfertigung der Listen aufgefordert. Schon durch diese Aufforderung entstehen ihnen erhebliche Kosten.

Die Amüsierpaläste werfen hohe Gewinne ab. Während die Kunstinstitute in Leipzig mit Verlust arbeiten — die städtischen Theater erfordern Millionen Mark Zuschüsse, das Leipziger Schauspielhaus hat in seiner Bilanz ein Defizit von über 50 000 M. aufzuweisen — bringen die Amüsierstätten große Ueberschüsse ein. So ist der Aufsichtsrat des Parkettes Drei Linden, A.-G. Leipzig, in der Lage, die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Eintritt in die Zollbahn. Wie zuverlässig bekannt geworden ist, bietet sich für junge Leute mit dem Reifezeugnis eines sächsischen oder andern deutschen Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer gleichstehenden Lehranstalt bis Ende dieses Jahres Gelegenheit zum Eintritt in die Zollbahn im Bereiche des Landesfinanzamtes Leipzig (Hauptzollämter: Leipzig, Grimma, Chemnitz, Zwickau, Plauen und Eisenf. Nach kurzer Zeit (drei Monate) werden ausreichend Unterhaltzuschüsse gewährt. Nähere Auskunft erteilen die Hauptzollämter.

Die Steuerbehörde in Leipzig-Mockau wird am 21. d. M. einbezogen. Die Steuerzahler in Leipzig-Mockau haben vom 22. d. M. an die Steuern an der Steuerbehörde im Rathaus in Leipzig-Schönefeld, Breslauer Str. 37, zu zahlen.

Eine Baukunstmesse wird der Bund Deutscher Architekten (B. D. A.) im Einvernehmen mit dem Reich zum nächsten Leipziger Frühjahrsmesse einrichten. Sie wird baukünstlerische Entwürfe, fertige Ausführungen und dergl. von Werken der Baukunst zur Ausstellung bringen, die in folgende Gebiete fallen: 1. Geschäftshäuser (Büros, Läden, Warenhäuser, industrielle Verwaltungsgelände); 2. industrielle Anlagen und Werkhäuser; 3. Wohnhäuser (Stadt-, Land- und Kleinhäuser). Die Baukunstmesse wird in der Diele des Alten Rathauses untergebracht.

Etterabend. 18. Volksschule: Dienstag, den 22. November 7 Uhr die Lesestunde n. vom 4.—8. Schuljahr. Mit Vorführung von Mädchenkl. — 32. Volksschule: Dienstag, den 22. November, 8 Uhr. Was sollen unsere Kinder lesen? (Oberlehrer Geiler.)

Folkarten. Die Größe sind als 14 : 9 Zentimeter, sind nach andern Ländern (ausgenommen Freie Stadt Danzig und Memelgebiet) gegen die Folkartengebühren nicht ausgelassen.

Der Goldpreis. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank ist voll erfolgt in der Woche vom 21.—27. November ununterbrochen wie in der Vorwoche von 850 Mt. für ein 20-Mark-Stück, 425 Mt. für ein 10-Mark-Stück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Schneemilch-Erzeugnisse. Die aus Maeremilch oder aus fettemer Sahne oder aus eingedickter oder einetrodener Sahne oder Maeremilch unter Zusatz von Butter oder Butterfett gewonnen werden, dürfen nach der Verordnung des Reichministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Oktober 1921 nicht herbeigeführt, verkauft, feilschalten oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Zuwiderhandlung wird bestraft; auch kann neben der Strafe auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden.

P. Verfälschter Handtäschchenraub! Der Täter festgenommen! Am 18. d. M. gegen 8 Uhr abends, ist ein junger Mann vor einem Grundstück in der Montebestraße an eine dort wohnende Kaufmannsbesitzerin, die im Besitz war, die Vorkantentür aufzuschließen, mit einer Frage herangetreten. Während die Frau ihm Auskunft gab, ließ er sie plötzlich mit der Faust vor die Brust und verführte, ihr die Handtasche zu entreißen. Die Angreiferin rief laut um Hilfe, worauf der fremde Furche, ohne seine Wut zu bremsen, die Handtasche, die er an einem in der Nähe auf Wunde befindlichen Polizeibeamten, der durch die Stürze aufmerksamer geworden war, den Räuber festzunehmen nachdem dieser einen weiteren Fluchtversuch unternommen hatte. In dem Täter wurde ein 22jähriger Autschloffer festgenommen, den augenblickliche Not hierzu getrieben haben will. Er wurde der Kriminalabteilung zugeführt, wo er in Haft genommen wurde.

Ein neuer Kursus. Für unsere Genossen und Genossinnen, die Wert auf die Vertiefung ihrer ökonomischen Kenntnisse legen, beginnt heute Montag, den 21. November, abends 7 Uhr, im Lokal V der Hochschule für Frauen der Kuria Geld-, Bank- und Börsenwesen. Als Redner ist Genosse Dr. Braunthal, Lehrer an der Volkshochschule in Gera-Tina, gewonnen worden. Der Kursus behandelt an fünf Abenden folgende Fragen: 1. Geld und Papier. 2. Die Geldbewertung. 3. Das Valuta-Problem. 4. Das Finanzkapital. 5. Bank- und Börsenwesen. Voraussetzung für alle Teilnehmer ist, daß sie sich bereits einige Kenntnisse auf diesem Gebiet angeeignet haben. Da diese Probleme unter Zeit stark beherrscht, ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft die Gelegenheit einer eingehenden Behandlung wahrnimmt. Die Teilnehmerkarten zum Kursus von 5 Mark für alle fünf Abende werden vor Beginn des Kursus heute abend 7 Uhr in der Hochschule für Frauen ausgeben.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen. Dieser Aufführungsfilm, der durch ärztlichen Beiseitortrat erläutert wird, gelangt zur Vorführung: Heute Montag, 21. November, in Wälschters Festsaal, Kleinschöcher, Giebertstraße.

Morgen Dienstag, 22. November. In der Goldenen Krone, Co.-Gew., Begauer Straße.

Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintritt von 3 M. erhoben. Jugendliche von 16—18 Jahren zahlen 2 M.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut für Leipzig.

Gastspiel des Vereinesadener Bauerntheaters in Leipzig. Vom 23. bis 30. November gibt das Vereinesadener Bauerntheater für unsere Kreise in allen Bezirken Vorstellungen. Zur Aufführung gelangen die Anzeigenübersichten Volksstücke: Die Kreuzel-schreiber, Der Meiseidbauer, Der ledige Hof. Die Vorstellungen sind wie folgt festgesetzt:

Bezirk Westen: Mittwoch, 23. November, im Deutschen Haus, Lindenau, Markt (Die Kreuzelschreiber)

Bezirk Osten: Donnerstag, 24. November, im Schützenhaus, Selterhausen, Eisenbahnstraße (Die Kreuzelschreiber)

Bezirk Zentrum: Süden: Freitag, 25. November, in der Goldenen Krone, Connwitz, Bornaische Straße (Die Kreuzelschreiber)

Für alle Bezirke: Montag, 28. November, im Volkshaus, Zeiger Straße (Der Meiseidbauer)

Für alle Bezirke: Dienstag, 29. November, im Volkshaus, Zeiger Straße (Der ledige Hof)

Bezirk Norden: Mittwoch, 30. November, im Schloß Drahtfeld, Gohlis, Leugere Dallische Straße (Die Kreuzelschreiber)

Beginn jeder Vorstellung abends 8 Uhr.

Die Eintrittskarten werden an alle Anrechter der Serie A, B oder C für 3 M. an die Kassenkassier für 4,50 M. in den bekannten Verkaufsstellen abgegeben.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut für Leipzig.

Mädchenchor-Ausstellung. Die U.S.P.-Genossen und -Genossinnen, die in die Ausstellung für Mädchenchor gewählt worden sind, haben am Dienstag, dem 22. November, abends 8 Uhr, eine wichtige Besprechung im Volkshaus, Billardzimmer, Parteibuch festgelegt.

Sozialistische Profetiarisierung Groß-Leipziger! Heute abend 7 Uhr Sitzung der Heimkommission im Bureau.

## Aus der Umgebung.

### Ergebnisse der Gemeindevahlen.

Gestern fanden wieder in einer Anzahl Landgemeinden die Neuwahlen zu den Gemeinderäten statt. Bis jetzt liegen uns folgende Resultate vor:

Hausdorf. Es erhielten: U.S.P. 718 (3 Vertreter), SPD. 258 (1), Bürgerliche 1144 (5).

Benzha. Es erhielten die Liste der U.S.P. 343 (5), Bürgerliche Einheitsliste 311 (5).

Wolfsheim. U.S.P. 48, Bürgerliche 43. Jede Liste erhält 2 Vertreter.

Großsteinberg. U.S.P. 209 (4), Bürgerliche 132 (2).

Kleinsteinsberg. Die Liste der U.S.P. erhielt 104 (3), die bürgerliche Gemeinschaftsliste 87 (3).

Albrechtshain. U.S.P. 56 (3), Bürgerliche 80 (5).

Gericshain. Stimmberechtigt waren 570, vom Wahlrecht machten 504 Wähler Gebrauch. Es erhielten U.S.P. 255 (5), Bürgerliche 242 (4). Gewählt sind von unserer Liste 5 Vertreter, und zwar die Genossen Knaack, Jörner, Hoffmann, Krüger und Sauerborn. Von der bürgerlichen Liste die Herren Hender, Rudolph, Michel und Berger. Die Arbeiterschaft hat somit ihren Beststand glänzend behauptet.

Gradesfeld. Bei der Gemeindevahl erhielten U.S.P. 3 Sitze, Kommunisten 2 und Deutschnationale 1 Sitz.

Solzhäusen. Stimmen wurden abgegeben für U.S.P. 210 (3), SPD. 165 (3), für die beiden bürgerlichen Listen 352 und 65 Stimmen. Die Bürgerlichen erhalten 8 Sitze.

Brandis. Es entfielen auf U.S.P. 659 (6), SPD. 200 (1), Bürgerliche 600 (5).

Kämmerei. U.S.P. 213 (4), unpolitische Arbeiterliste 78 (1), Bürgerliche 186 (3).

Anaußing. Es erhielten U.S.P. 155 (3), SPD. 91 (1), Bürgerliche 375 (6).

Zweinaundorf. Abgegeben wurden für U.S.P. 93 (4), SPD. 77 (3), SPD. 32 (1), Bürgerliche 98 (3).

Waghern. U.S.P. 286 (6), Bürgerliche 265 (5). Die Wahlbeteiligung betrug 90 Prozent.

Zweinfurt. Wahlergebnis. Es erhielten bäuerliche-bürgerliche Einheitsliste 123, SPD. 118, U.S.P. 108 Stimmen. Die Wahl hatte merkwürdige Vorzeichen, die bei der Stichverteilung zur Geltung kamen. U.S.P. und SPD. waren Listenverbindung eingegangen. Bei der Aufstellung der Kandidaten war ein ehemaliger Vertreter der Bauern-Bürger, der Kantor Krndt, fallen gelassen worden, weil er nicht immer nach der Pfeife der Bauern getanzt hatte. Die SPD. nahm ihn darauf als ihren Spitzenkandidaten. Jedenfalls weil ihnen zugesagt worden war, und in der Angst vor Kollaps protestierten 4 Kandidaten der SPD.-Liste gegen die Listenverbindung mit der U.S.P. Der Vertrauensmann der SPD. erklärte daraufhin die Listenverbindung für aufgehoben. Bei der Stichverteilung wurden anfangs den Bauern 4, der U.S.P. und der SPD. je 3 Sitze zugesprochen. Auf Widerspruch wurde das Resultat aber dahin geändert, daß SPD. 4 Sitze, Bauern aber nur 3 wie U.S.P. erhielten. Nach dem Orts-Wahlgesetz können verbundene Wahlverschlüsse nur gemeinsam gültig zur Annahme werden. Die Verbindung war aber nur von der SPD., nicht aber von der U.S.P. angenommen worden; sie bestand also noch und kam der SPD. zugute.

Borsdorf. Wahlergebnis. Wahlberechtigt waren 1804. Es wurden 1514, davon 2 ungültige Stimmen abgegeben, d. h. nahezu 84 Prozent. Es erhielten: Bürgerliche 942 Stimmen und 8 Abg., U.S.P. 393 Stimmen und 3 Abg., SPD. 145 und 1 Abg., SPD. 92 und 1 Abg. Bisher hatten die Bürgerlichen 7, U.S.P. und SPD. zusammen 5 Vertreter. Die Listen U.S.P., SPD. und SPD. waren verbunden, doch hat diese Verbindung den Linken keinen Vorteil gebracht. Nur wenn auf die verbundenen Listen 20 Stimmen mehr abgegeben wurden, hätte SPD. einen Vertreter erhalten, der den Bürgerlichen entgangen wäre.

### Sitzung des Kreisausschusses.

Der Kreisausschuss hielt einen Nachttag zur Tanzsteuerordnung für den Bezirk Borna aus, der den Tanzlustigen außer der Reichsverdienststeuer und der Bezirkssteuer noch einen Gemeinbezugsbeitrag von 50 Prozent auferlegt. Tanzstundenbesucher müssen 1—2 M. pro Abend Steuer zahlen nur Minderjährige brauchen halbjährlich nur 4 M. zu entrichten. Die Aufnahme von Darlehen zu Wohnungsbauten wurden genehmigt für Wurzen im Betrage von 400 000 M., Rochitz 200 000 M., Mittweida 280 000 M., Geringswalde 100 000 M., außerdem wurde dem Finanzverband Leipzig die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. genehmigt. Der Stadt Hartha wurde ebenfalls die Aufnahme einer Anleihe von 1 350 000 M. genehmigt, um ihr Elektrizitätswerk auszubauen. — Zum Schluß wurden die Pakete in der Bezirksverwaltung von Rochitz für ungeschloß erklärt, da sie nicht nach dem Verhältniswahlsystem, sondern nach dem Majoritätsprinzip stattfanden.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Gegen die Entstaatlichung der Eisenbahn.

Der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, Landesstelle Sachsen, hat sich in seiner letzten Sitzung nach eingehender Beratung gegen die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbesitz ausgesprochen. Die Stellungnahme des Vorstandes wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der zum Ausdruck gebracht ist, daß die sächsischen Eisenbahnbeamten und Angewandter der Entstaatlichung der Reichseisenbahn ein entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen werden.

Als Mittel zur Hebung der Rentabilität der deutschen Reichseisenbahn werden die vom Hauptbeamtenrat der Reichseisenbahn gemachten Vorschläge empfohlen, die hinausgehen auf Einsetzung eines Organisationsausschusses, der zu je einem Drittel aus führenden Männern der Eisenbahnverwaltung, des gesamten Eisenbahnpersonals und der vergleichbaren Großindustrien bestehen müßte. An Einzelfragen, die durch diesen Ausschuss sofort bearbeitet werden sollen, seien sichprobenweise nur genannt die Einführung neuerzeitlicher Arbeitsmethoden, beste Bureautechnik, Abschaffung unnötigen Schreibwerks, Ausdehnung der Verantwortlichkeit an alle Beamten, größte Einfachheit im gesamten Geschäftsgang, Modernisierung des Kassenwesens, Vereinfachung der Personen-, Gepäck- und Gütertariife, einheitliche Materialbeschaffung aller Art, schnellste Anschaffung aller neuerproben Maschinen, die zweifelloes Personal und Material ersparen, wirkliche Demokratisierung der Verwaltung, kaufmännische Ausnutzung der Bünde und Mieten, genaue Rentabilitätsberechnungen der einzelnen Betriebe, Reduzierung unnötiger Ueberwachungsbeamter und rein wirtschaftliche Zusammenfassung der Wagenzüge.

Wenn die Vorschläge des Personals nicht immer wieder durch starren Bureaualtrismus verweigert werden, dürften die Erfolge in wirtschaftlicher Beziehung bald zu spüren sein.

### Deutschnationale und haltenkreuzerische Anfragen.

Anlässlich der Gedächtnisfeier des 9. November kam es in Zwickau wegen Nichtbesagen des Rathauses zu einer Demonstration der Arbeiterschaft gegen den dortigen Oberbürgermeister. Die Arbeiter erzwangen die Herausgabe der republikanischen Fahne und hielten diese auf dem Rathaus. Die Deutschnationalen Dr. Wagner und Dr. Eckardt haben deshalb eine Anfrage im Landtag eingebracht, in der sie die Rühmlichkeit feststellen, dabei von einer Heranziehung der anders gekleideten Mehrheit (1) der Zwickauer Bevölkerung zu sprechen. Die Regierung wird gefragt, ob sie entschlossen ist, künftig durch Bereitstellung genügend starker Polizeimannschaften (natürlich) für „Ordnung und Sicherheit“ zu sorgen und insbesondere die öffentlichen Gebäude vor gewaltsamen Eindringen von Demonstranten zu schützen. Die Interpellanten bitten um schriftliche Antwort. Hoffentlich wird sie auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

In einer andern Anfrage regen sich die beiden rascheiten (?) Deutschnationalen auf, daß Ausländer, die während und nach dem Kriege besonders aus Galizien und dem Osten nach Leipzig gezogen sind, Erlaubnis zum Wohnaufenthalt erteilt wurde. Anknüpfend würde dadurch die Wohnungsnot der einheimischen Bevölkerung vergrößert. Natürlich suchen die Deutschnationalen nur nach einer Gelegenheit, um im Reich des Haltenkreuzes im Landtag eine Judenlobby heraufzubekommen.

### Sachsen gegen den Zepressurverzug der Industriellen.

Der sächsische Wirtschaftsminister hat zu dem Antrag Wiffel und zu dem am 20. September im Arbeitsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beratenen Plänen zur Beschleunigung der Reparationen Stellung genommen und sich mit dem Ministerpräsidenten dahin verständigt, daß dem Antrage Wiffel beizustimmen, die Anträge der Industrie betreffend Kreditlinie für die Reparationen aber abgelehnt werden müßten. Der sächsische Landtag in Berlin ist hiervon in Kenntnis gesetzt und beauftragt worden, in diesem Sinne zu wirken, falls der Reichsrat mit der Sache befaßt wird. Zu den Gelegenheiten des Reichswirtschaftsrats über die Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes hat die sächsische Regierung noch nicht abschließend Stellung genommen.

### Forderung nach Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Im Haushaltsausschuss B des Landtags ist nach Beratung des Antrags Ebert und Genossen auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung folgender Antrag angenommen worden: „Die Regierung sei ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß mit aller Beschleunigung die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsgelände durchgeführt wird und für den Fall, daß die Durchführung nicht alsbald möglich sein sollte, von der Reichsregierung eine Ueberweisung von Reichsmitteln zur vorläufigen Zahlung von — den beantragten Erhöhungen entsprechenden — Beträgen an am 15. Dezember 1921 mindestens sechs Wochen lang Erwerbslose zu beantragen. Sollten bis zu Anfang Dezember 1921 Entschlüssen von der Reichsregierung zu erlangen sein, so wird eine Vorlage an den Landtag erwartet.“

Ein hierzu vorliegender kommunistischer Kindererziehungsantrag ersucht die Regierung, am 30. November 1921 den über 8 Wochen Erwerbslosen den dreifachen Betrag ihres Wochenunterstützungslages als einmalige Zuwendung auszusprechen.

### Ergänzungswahlen in Meißen.

In Meißen fanden am Sonntag die Ergänzungswahlen zum Stadtverordnetenkollegium statt. Es erhielten U.S.P. 1268, SPD. 920, SPD. 9140, bürgerliche Einheitsliste 10 098 Stimmen. Von den 19 ausscheidenden Stadtverordneten erhalten die Sozialisten und die Bürgerlichen je 6.

### Verlängerung des Wahltermins wegen Ordoeinverlebung.

Am Freitag beschloß sich der Kreisausschuss des Landtags mit dem Gesetz für Hinauschiebung der Wahlen in solcher Gemeinde, wo in kurze Einzelwahlen von Nachbargemeinden stattfinden. Es wurde beschlossen, in solchen Gemeinden, wo Einverlebung der Gewerkschaften, den Wahltermin bis zum März 1922 hinauszuschieben.

### Bürgerliche Sabotage.

Die sozialdemokratische Ratsfraktion zu Grimnitzschau hat eine Botschaft an die bürgerlichen Ratsmitglieder abgegeben, weil von letzteren eine Erklärung der bürgerlichen Stadtverordneten im Anzeigenteile aufgenommen worden und auch die Schreibebeile beider Zeitungen veröffentlicht war. Den Druckereien des Anzeigers und der Stadt- und Landzeitung sollen von jetzt an keine Druckaufträge von Seiten der Stadt mehr erteilt werden. — Im weiteren Verlauf der Stadtverordnetenwahl wurde den Anwohnern auch Aufführung über das Fernbleiben der bürgerlichen Stadtverordneten gegeben. Vorsitzender Pfeiffer stellte mit, daß von diesen 11 ablehnende Schreiben eingegangen seien, nach denen sie wegen der vorliegenden Nichtachtung der ihnen als Stadtverordnete auferlegten Rechte ihre Ämter als Stadtverordnete niederlegen. Die Niederlegung der Ämter durch die bürgerlichen Stadtverordneten wurde nach kurzer Aussprache einstimmig genehmigt. In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß auch die bürgerlichen unbesetzten Ratsmitglieder ihre Ämter im Ratokollegium niedergelegt haben.

Dresden. Die Vorstandssitzung des Sächsischen Verkehrsverbandes vom 12. November d. J. in Dresden hat unter anderem einstimmig beschlossen, sich in der Frage des Reichseisenbahnrechts auf den Standpunkt des Vorklages des Reichsverkehrsministeriums zu stellen, wonach etwa die Eisenbahndirektionen Erfurt, Halle und Dresden zu einem gemeinsamen Reichseisenbahnrat zusammengeschlossen werden sollen, da sie anerkennen, daß die wichtigsten verkehrswirtschaftlichen Beziehungen Sachsens nach den West- und nach dem Norden weisen.

Dresden. Der Hauptausschuss für die Vereinigung der sächsischen ortskundigen Ratsmitglieder, Kammern, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Steiermark hat seine letzte Sitzung gehalten. Er empfiehlt die Vereinigung zu einer Stadt mit revidierter Städteordnung, als deren Leiter einen erfahrenen Verwaltungsbeamten (nicht Juristen) und als Vizepräsidenten einen Rechtsanwalt. Die Wiederaufnahme des Unterrichts durch die streikenden Rechtschulunterrichtler erfolgt am 22. November, da man eine Lösung der Entschuldigungsfrage von den in der nächsten Woche im Ministerium des Innern stattfindenden Verhandlungen erwartet.



# Zigaretten

zum alten Preis  
**Mk. 230** per 1000 mit Gold-  
 Mundstück  
 Goldgelber oriental. Tabak liefert prompt  
**GLASER, Zigaretten-Grosshandlung**  
 Neumarkt 12 und Katharinenstrasse 17

## Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau,  
 untrer Mutter und Schwester  
**Frau Emma Seidel geb. Brocke**  
 sagen wir hiermit allen, die der Verstorbenen  
 nahestanden und ihr das letzte Geleit gaben sowie  
 ihren Satz mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank.  
 Besonders Dank Herrn Prediger Kippenberger  
 für die tröstlichen Worte am Grabe, dem Chor  
 der Thonberger Sänger für das Trauerliedchen im  
 Trauerhause und dem Quartett für ihre Teilnahme  
 durch den erhebenden Gesang am Grabe.  
 L. No. 19, 11 21. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten zur tieftrauerigen  
 Nachricht daß unser herzenguter, streblamer Sohn,  
 Bruder und Nefte, mein innigstgeliebter Bräutigam  
**Richard Schäffer**  
 im blühenden Alter von 23 Jahren durch den schweren  
 Unfalltod in Engelsdorf Jah entrissen wurde.  
 Im tiefsten Schmerze  
 Baunsdorf, den 19. November 1921  
 Die trauernden Eltern und Geschwister  
**Elsa Hommel** als Braut und alle Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3 Uhr,  
 vom Trauerhause, Wilhelmstraße 15, aus statt.

Am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, verschied  
 nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, Tante  
 und Schwägerin  
**Hedwig Döring geb. Kaden**  
 im Alter von 58 Jahren. Dies seinen tiefbetört an  
 Leipzig-Lindenau, Siemerstraße 19  
**Otto Döring nebst Hinterbliebenen.**  
 Die Einäscherung erfolgt Dienstag, den 22. No-  
 vember, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhof.  
 Blumen Spenden werden dankend abgelehnt.

Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, verschied plötzlich  
 und unerwartet infolge Herzschlag unsere liebe,  
 unvergessliche Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin,  
 Großmutter und Tante  
**Jenny Leine.**  
 In tiefstem Schmerze  
 L. No. 11, den 19. November 1921  
 Jilchstraße 64, III.  
**Willy Leine und Frau**  
 ihre schwergekränkte Mutter  
 und sämtliche Hinterbliebenen.  
 Beerdigung Dienstag, den 22. November, 1/2 2 Uhr,  
 vom Trauerhause.

**Güntheritz.**  
**Dr. med. Viktor Lehmann**  
 prakt. Arzt  
 Kassenarzt für sämtliche  
 sächs. u. preuß. Krankenk.  
 Sprechstunden:  
 8-10 vorm. u. 5-6 nachm.  
 im Gasthaus Fürst Bleher.

**Söhnenjonne**  
 Behandlung bewährt sich  
 bei Hautausschlägen, Flechten,  
 Ekzemen, Abzesse, Gicht,  
 Blutzunahme, offenen Wunden,  
 Haarschwächen, Lungen-  
 und Bräunelungen.  
 Institut Dina Schindler  
 Querstr. 33, I. - Tel. 7409.

Reparaturen  
 an Uhren, etc. bei  
 nur strengster  
 Ausführung u.  
 unt. Garant. bei  
**Gustav Kaniss**  
 Uhrmach., Zaubner Str. 6.

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

**Sofort gesucht**  
 für größere Baustelle in T r i e r ein im Hochbau-  
 und Eisenbetonarbeiten erfahrener, tüchtiger  
 energischer  
**Bauführer**  
 der vollständig selbständig disponieren kann.  
 Dasselbst ein tüchtiger, in Abrechnung durch-  
 aus erfahrener  
**Bautechniker**  
 sofort gesucht. Stellungen dauernd.  
**Hans Zimmermann,** Hoch- u. Tiefbau-  
 Unternehmungen  
 Trier, Kronprinzenstr. 5.

Wir suchen für unsere Hardlackiererei  
 einen erfahrenen  
**Lackierer**  
 welcher mit dem Spritzverfahren vertraut ist, in  
 dauernde Stellung  
**Walter Rleschel & Co. m. b. H.,** Liebertwolkwitz b. Leipzig.

Erfahrenen  
**Kraftwagenführer**  
 für Personenwagen mit Fahrschein 3b,  
 gelerntem Automobilschlosser, stellen ein  
**Stemens-Schuokertwerke G. m. b. H.**  
 Technisches Bureau  
 Leipzig, Schützenstraße 4.  
 Meldung wochentags früh 8 Uhr in d. Abteil. Protos.

Tücht. junger  
**Automaten-Einrichter**  
 für Fabrik elektrotechn. Art. in Kleinstadt Thür.  
 sof. ges. Freie Wohnung vorhanden.  
 Angeb. m. Ang. bisher, Tätigkeit u. T. L. 409  
 an Invalidendank Leipzig.

Wir suchen für unsern umfangreichen Maschinenpark in  
 dauernde Stellung einen versierten  
**Betriebs-Monteur**  
 der fähig ist, Maschinenreparaturen selbst auszuführen.  
 Bewerber muß in einer Buchdruckmaschinenfabrik gelernt  
 haben und mit den einschlägigen Maschinen genau Bescheid  
 wissen. Gut eingerichtete Schlosserei ist vorhanden.  
 Angebote mit Zeugnissen und Forderungen an die  
**Berliner Buch- und Kunstdruckerei**  
 G. m. b. H., Rosen (Markt)  
 Einige perfekte

**Fliesenleger**  
 stellt sofort ein  
**Joh. Heinrich Ditter, Zeitzer Straße 8/14**  
 Fliesenspezialgeschäft und Baustoff-Handlung  
**Perfekte Wollhäklerin**  
 für sofort gesucht  
**Geschw. Schulze, Schloßgasse 12.**

**Färbermeister**  
 für Süddeutsche Rauchwaren-Zurichterei und  
**Färberei in Dauerstellung gesucht.** Es handelt  
 sich um einen gut bezahlten Posten, besonders  
 für gedlegenen Praktiker geeignet, der gute Er-  
 fahrung auf dem Gebiet der Färbung von Lang-  
 haarkanin und geschorenem Kanin besitzt. —  
 Zuschriften unter **F. P. M. 925** an die Expedition  
 dieser Zeitung.

Wir suchen zu baldigem Eintritt mehrere gelernte,  
 erfahrene  
**Blechslosser**  
**Werkzeugschlosser**  
 in dauernde gutbezahlte Stellung.  
**Dtsch. Patent-Gründofen-Fabrik Walter Rleschel & Co.**  
 Liebertwolkwitz bei Leipzig

**Steindruck - Maschinenmeister**  
 wird in dauernde  
 Stellung gesucht.  
**REGEL & KRUG**  
 Comeniusstraße 13/15.

**Presser**  
 für dauernde Beschäftigung  
 gesucht.  
**Raumer & Braun**  
 G. m. b. H., Großbuchbinderei  
 Solvitalstraße 10.

Mehrere Tischler  
 die nach Beschäftigung  
 arbeit. Offert. u. M. 55 a. d. Exped. d. Bl.

**Verkäufer**  
**Mantel** neu, wertf. für 475,-  
 Gemeindefür 12, II. I.  
 200,- Mäntel, warm, f. 12-14  
 40u. 45,- Schwarzhorst, 16, II. r.

Stets die neuesten  
**Modelle**  
 für  
**Damen- u. Kinder-  
 Kleider, -Wäsche**  
**Handarbeiten**  
 Alleinverkauf für Leipzig:  
**GEBRÜDER**  
**Goske**  
 Windmühlenstraße 4-12

Wir suchen zum  
 sofortigen Eintritt einen  
 vollständig perfekten  
**Grundierer**  
 welcher bereits in Gold-  
 leitfabriken als solcher  
 tätig war und die Grund-  
 diereien selbständig  
 herstellen kann.  
**Kunstanstalt B. Gross**  
 Aktiengesellschaft, Leipzig,  
 Reubnik, Ellenburgerstr.

50 gelernte Arbeiterinnen  
 für Betrieb und Hausarbeit  
 stellt ein **Emil Senke,**  
 Leipzig, Range Straße 18 15.

**Damen-Mäntel**  
 ganz modern, wenig getragen oder neu. **Kostüm-  
 Röcke, Militär- und Streifhosen**  
**Anzüge, Joppen**  
 kaufen Sie jetzt noch billig bei **Berger, Kaufstädter**  
 Steinweg 26, I., kein Laden.  
**Berufs-Regenmäntel**  
 wasserdicht, größerer Posten verkäuflich.  
 Pro Stück: 120.- Mark.  
**E. Schulz, Markgrafenstr. 8, II. Obergeschoß.**  
**Spottbillig!**  
 Getragene und neue  
**Ulster**  
**Schlüpfer**  
**Anzüge**  
**Hosen**  
 Militär-  
 gestreifte  
 schwarze  
 Arbeiter-  
 nur prima Qualitäten u.  
 a. sämtliche Schuhwaren  
 kaufen Sie wie altes  
 kann beim billigen  
**Kanner**  
 nur Eisenbahnstr. 5.  
 Habe keine Filialen.  
 Von Herrschaften wenig getr.  
 so gut wie neu, u. neuwert.,  
 Dam- u. Kind-Garderobe aus  
 feinst. Stoff, hergeit., kauf. Sie,  
 wie altes, gekauft, gut u. bill.  
 nur 6. Nummer, Reichstr. 14, Tr. 13

Ausschneiden!  
**Anzüge**  
**Palotots, Schlüpfer**  
**Culaway, Gehrock**  
 spottbillig, bar und  
**Teilzahlung!**  
**Martin Hahn**  
**Johannisplatz 8**  
 (hintor d. Kirche) und  
 Demmeringstr. 72, II. I.  
 u. Langostr. 10. I.

Chaiselongue mit aut. Stoff  
 Konradstraße 33b, p. I.  
 711. Kische, Bettf. m. g. W.  
 bil. Pl., Cranachstr. 1a, p. r.  
 Solzbettstelle mit Matraße  
 getr. Winterpalotot, mittl. Gr.  
 bil. Weihenfelder Str. 34, II. r.

**Kupfer, Rotguß, Blei**  
 Messing, Zink, Aluminium usw., kaufen dauernd!  
**Nadelreich & Kranz, Schleierstr. 22, Tel. 1354.**

**Habe**  
 neu und getragen  
**Anzüge**  
 von 180.- Mark an  
**Hosen**  
 auffallend billig  
**Ulster**  
 von 250.- Mark an  
 nur aus prima Stoffen  
**Gummimäntel**  
**Joppen.....**  
**Schuhe usw.**

**Zaubchenweg 55**  
 Haunend billig  
**Anzüge**  
**Ulster - Schlüpfer**  
**Joppen - Hosen**  
 in großer Auswahl  
**Zaubchenweg 55**  
 Garderobehaus.

**Tauben**  
 und Söhner,  
 Geflügel-  
 und Vogelzucht verkauft Volk-  
 marodorf, Rabat 52, Hof. I.

**Kaugeluche**  
**Kaufe** Herren-Garderobe,  
 Militär-Sachen!  
 Gehrod-Anzüge, Betten,  
 Bett- u. Leib-, Leihhauslich,  
 Militär-Stiefel und Schuhe,  
 Kint, Kanische Gasse 6, p.  
 Straßenbahn b. Battenberg.

**Kanner**  
**Eisenbahnstraße 5.**  
 Habe keine Filialen.

**Trotz**  
**allem**  
 steigender Preise  
**bin ich noch billig**  
 bei großer Auswahl  
 und empfehle:  
**Schlüpfer, Ulster**  
**Palotots, Joppen**  
**Hosen - Anzüge**  
**Kindergarderobe**  
**Herron-Anzüge** aller Art  
 Gehrock, Frack- u. Smoking-  
 Anzüge, Klapp- u. Zylinderhüte  
 auch teilweise  
**WADEWITZ**  
 Windmühlenstr. 33, I.  
 kein Laden, nur 1. Etage

**Brillanten**  
 Perlen, Platin, Gold- und  
 Silberwaren kauft  
**Zeldig & Pflug, Patersstraße 44**  
 Goldwarengeschäft, Passage.  
**Uhren**  
 aller Art, Schmuckfaden,  
 Leihhausliche kauft  
**Lory, Johannisstraße 15.**

**wo**  
 kauft man am reellsten  
 und am billigsten?  
**Turnerstr. 3, bei Selinger**  
**Anzüge von 150.-**  
 (Friedensware)  
 von Herrschaften abselekt  
 Hosen, einzelne Jackells,  
 Militär- u. Zivil-Joppen,  
 Winterüberzieher v. 150.-,  
 Schlüpfer sehr preiswert,  
 Wäsche, Kleider, Blusen;  
 spottbillig.

**Gold** - Bruch  
 Ketten  
 Uhren  
**Silber** - Bruch  
 Bestecke  
 Etuis  
**Brillanten** :: Porlon  
 Platin usw.  
 kauft  
**Robert Nordmann**  
 1a Saizgäßchen 1a

**Noch alte Preise**  
 großer Auswahl  
**Schlüpfer** Marango  
**Palotots** ganz  
 gerüstert  
**Anzüge** :: :: ::  
**solange Vorrat reicht**  
**Käte Thieme**  
 Ebertgäßchen 10, I.

**Alt. Gold u. alt. Silber**  
 Platin, Uhren, Kotton, Ringe  
 kauft **Max Israel, Uhrm.**  
 Brommenadenstr. 5, 1. Bad.

**Kompl. Bettstellen**  
 solid u. preiswert, in jeder  
 Farbe, Elisabethstraße 28,  
 Tischlerei, neben Ede Eisen-  
 bahnhofsstr.

**Klavier**  
 od. Stupffüßel gef. Preisoff.  
 mit Firmenangabe unter  
**J. N. 2702** an **Rudolf**  
**Mosso, Berlin SW. 10.**  
 Kaufe Sofas, Matr., a. d. d. d. d.  
 Brüderstraße 10, I. Kronel.  
 Nähmasch. tit. Kappe, Körn-  
 berger Str. 11, T. 1321, Abnt.

**Wohnungen**  
 Sol. ja Mann J. Schlafstelle  
 m. Abendf., mögl. Süd. Gefl.  
 Off. erb. u. N. 66 Exo. d. B.  
 Ja. Ehepaar m. 1 Kind sucht  
 leere Stube m. Kochgelegenh.  
 Off. a. II K Kaiserstr. 34, II. I.  
 1-2 leere Zimmer sucht  
 kinder Ehepaar. Off. u. V. 17  
 Villale d. Bl. Reiter Str. 32  
 Kaufe II. bill. 3-3. Wohn. I.  
 Leipzig, Mittelstr. 11. I. Sib.  
 m. Dien in Kleinstadt, Offert.  
 u. B 7001 Kisch, Dreykaustr. 2

**Wirklich**  
**billig u. gut**  
 kaufen Sie  
**Herrn**  
**Garderobe**  
**ANZÜGE**  
**SCHLÜPFER**  
**ULSTER**  
 in Bar und  
**Teilzahlung**  
**Baumgärtel**  
**Königsplatz 91**  
 711. Kische Reformbetten  
 Moderne Holzbetten m.  
 Stahlmatr. u. aut. Mattagen  
 Brüderstraße 10, I. Kronel.



# Der Lichtenburger Hungerstreik vor dem Reichstag.

Berlin, 19. November.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Minuten. Erster Beratungsgegenstand ist der Bericht des Ausschusses über die auf Grund des Beschlusses des Unterausschusses des Wohnungsausschusses

machenden Vorschläge. Die Vorschläge gehen darauf hinaus, in aller Eile einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Bau von einigen hunderttausend Wohnungen sofort ermöglicht. Der Reichstag verfährt gemäß den Vorschlägen des Ausschusses.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderung des

### Versicherungsgesetzes für Angestellte.

In dem Gesetzentwurf, der von allen Parteien gemeinsam eingebracht worden ist, wird im wesentlichen bestimmt, denen, die durch die Geldwertung ein höheres als versicherungspflichtiges Einkommen beziehen und infolgedessen aus der Versicherung ausgeschlossen sind, durch Weiterversicherung die Vorteile der Versicherung zuteil werden zu lassen.

Abg. Giebel (SPD.): Es ist die höchste Zeit, Vorschriften über das Ruhen von Renten zu ändern. Die Entwicklung der Gehaltsverhältnisse hat die bisherigen Bestimmungen unhaltbar gemacht. Wir beantragen dazu, das Ruhen der Renten erst dann einzutreten zu lassen, wenn das Gehalt das sechsfache des Jahresarbeitseinkommens, wie es nach den jetzigen Bestimmungen festgestellt wird, übersteigt.

Der Entwurf wird hierauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss wird beantragt, die Unterstützung für Erwerbslose

durchschnittlich ein Drittel der bisherigen Unterstützungssätze zu erhöhen, resp. sie der Teuerung und der Notlage der einzelnen Erwerbslosen anzupassen.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, nach Kräften dahin wirken zu wollen, daß nach Annahme des Antrages entsprechend verfahren werde.

Der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird einstimmig angenommen. Ein Antrag, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Buchta (USP.) zu genehmigen, wird abgelehnt.

### Die Schande des Strafvollzugs.

Bei der nun beginnenden Beratung des Gesetzentwurfs zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafen und zur Einschränkung der Freiheitsstrafen

beantragen Unabhängige und Kommunisten, die in den Hungerstreik eingetretenen politischen Gefangenen in Lichtenburg bei Torgau sofort aus der Strafanstalt zu entlassen und im weiteren einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll.

Präsident Ebbé will diesen Antrag nicht als Antrag zu dem Gesetzentwurf gelten lassen. Es kann nur beschlossen werden, daß er bei diesem Gegenstand mitbehandelt werden soll.

Abg. Roenen (Komm.): Die Vorgänge in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern müssen bei dieser Gelegenheit mitbehandelt werden. In Lichtenburg, Kreis Torgau, befinden sich 130 politische Gefangene im Hungerstreik. Auch die erst seit kurzer Zeit dort untergebrachten Gefangenen sind bei ihrer Einlieferung aus Solidarität mit in den Hungerstreik eingetreten. Ich bitte Sie dringend, die Verbindung dieses Antrages mit der Gesetzesvorlage zu beschließen. Bei uns ist hier im Reichstag eine Delegation der Berliner Großbetriebe vorstellig geworden. Es ist auch eine Delegation nach dem Justizminister gefandt worden, ihn aufzufordern, schleunigst den Arbeitern in Lichtenburg zu helfen. Geschlecht das nicht, dann werden die Arbeiter in eine Demonstrationenbewegung treten, um ihren hungernden Genossen zu helfen. In Halle finden bereits Demonstrationen statt. Seit mehreren Tagen verhandeln wir mit dem Minister Radbruch. Er hat uns ausweichende Antworten gegeben. Aber trotz Zusage, daß versucht werden soll zu helfen, kommen Marmnachrichten, daß bei Torgau bereits

Schups im Anrücken

ist. (Stürmisches Rufen auf der Linken.) Man geht auch mit dem Plane um, die im Hungerstreik Befindlichen zwangsweise zu ernähren. Das werden auch die anderen Gefangenen nicht dulden, so daß ein richtiger Kampf im Zuchthaus ausbrechen wird. Es ist daher heiligste Pflicht des Reichstags, zu dieser Frage sofort im Sinne der Befreiung der Arbeiter Stellung zu nehmen.

Abg. Müller-Franken (SPD.): Der Antrag kann materiell erst behandelt werden, wenn er gesetzlich ordnungsmäßig auf die Tagesordnung gesetzt ist. (Stürmische Zurufe gegen Müller. Zurufe von der Tribüne. Präsident Ebbé droht, die Zurufe von der Tribüne entfernen zu lassen. Wollf Hoffmann ruft: Die Tribünenbesucher haben Steuern zu zahlen und das Maul zu halten!)

Abg. Rosenfeld (USP.): Meine Freunde und ich haben den Wunsch, daß der Antrag jetzt mitgetragen wird. Ich bedauere, daß der Abg. Müller sich auf den Buchstaben der Geschäftsordnung berufen hat. Angesichts der gewaltigen Tragödie, die sich jetzt im Zuchthaus zu Lichtenburg abspielt, sind wir der Meinung, daß das besser unterblieben wäre, sich hier an die Zwangsregeln der Geschäftsordnung zu klammern. Unsere Anträge stehen in dem engsten Zusammenhang mit dem Gegenstand der Tagesordnung. Es handelt sich um die Einschränkung der Freiheitsstrafen. Auch nach unseren Anträgen sollen Männer befreit werden, die wegen politischer Delikte im Zuchthaus schmachten. Wenn Sie bedenken, daß auf der einen Seite Kappisten unbeschäftigt umherlaufen, wenn man sieht, daß nichts geschieht gegen die Mörder der Volkstümper der Arbeiter, wenn man immer wieder gewahren muß, daß Hunderte und aber Hunderte von Morden ungesühnt sind, so ist doch aufs schärfste zu betonen, daß diese schreiende Ungerechtigkeit nicht mehr länger von der Arbeiterschaft ertragen werden kann. Denken Sie nicht, daß die Arbeiter dumm genug sind, auf Geschäftsordnungsbedenken hereinzufallen. Die Geschäftsordnung ist Ihnen nur ein Mittel, Beschlüsse zu verhindern, die Ihnen unangenehm sind. Wir verlangen die Entlassung der politischen Gefangenen und die Einleitung eines Untersuchungsausschusses.

Abg. Ledebour (USP.): Ich richte einen letzten Appell an Müller und seine Freunde, sich nicht durch Geschäftsordnungsbedenken davon abhalten zu lassen, hungernden Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Ich weise darauf hin, daß bei den Besprechungen mit den Arbeitern diese erklärt haben, für uns gibt es jetzt keine Partei. In unseren Betrieben sind wir alle einig und entschlossen, unsern verhungerten Genossen zu Hilfe zu kommen. Der Mann sprach im Namen der Arbeiter, die ihm ihre Stimmen gegeben haben. Wir fordern Sie daher auf, nicht durch Geschäftsordnungsbedenken zu verhindern zu versuchen, das einzige Mittel, das jetzt Hilfe bringen kann, anzuwenden. (Lärm bei den Rechtssozialisten. Stürmische Erwidrerungen bei den Antragstellern.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Meine Fraktion hat heute morgen beschlossen, den Antrag schließlich zu unterstützen. Wer aber Sinn für Geschäftsordnung hat, muß den Präsidenten unterstützen. (Großer Lärm. — Heute ruft: Hier kommt das Klasseninteresse im Betracht.)

Abg. Devi (Komm. Arb.): Die rechtssozialistische Partei sollte auch von ferne den Schein meiden, als ob sie Mittel suche, die Behandlung zu verhindern. Wo solche Gegenstände zur Entscheidung stehen, da hört die Geschäftsordnung einfach auf. (Lärm. — Gegenrufe: Jawohl!) Ich appelliere an den Justizminister, daß er hier eine Erklärung abgibt.

Reichsjustizminister Radbruch: Als Regierungvertreter konnte ich bisher in die Geschäftsordnung nicht eingreifen. Ich erkläre mich jetzt aber bereit, Auskunft zu geben.

Abg. Ledebour (USP.): Da an sich immer noch die Bestimmung besteht, daß Minister außerhalb der Tagesordnung gehandelt werden können, so gibt dieses Mittel in diesem Falle eine willkommene Gelegenheit, daß Minister Radbruch Auskunft geben kann. Er wird das Wort ergreifen, nachdem die Geschäftsordnungsdebatte beendet ist. Ich bitte Sie daher, unsere Anträge mit dem gegenwärtig zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkt zu verbinden und darüber jetzt abzustimmen.

Hierauf wird die Verbindung beschlossen.

### Abg. Dr. Rosenfeld (USP.):

Der Gesetzentwurf ist wenig inhaltsreich, so daß ich wirklich bedauern muß, daß er den Namen Radbruch trägt. Ich bedauere, daß die kleine Justizreform eine so geringfügige ist und die andern immer noch nicht dem Hause vorliegen. Der Gesetzentwurf selber hat das eine Erstaunliche, daß er ermöglicht, bei zahlreichen Vergehen, gegen die jetzt auf Freiheitsstrafe erkannt werden muß, Geldstrafen zu verhängen. Wir haben aber die Befürchtung, daß diese Erleichterung vielleicht fast ausschließlich den bestehenden Klassen zugute kommen wird. Es sind Geldstrafen bis zu 50 000 Mk. angedroht. Welcher Arbeiter wird in der Lage sein, falls er wegen Diebstahls verurteilt ist, an Stelle der Freiheitsstrafe die Geldstrafe auszubringen? Zu dem Gesetzentwurf muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Geldstrafen sich nach dem Einkommen des Verurteilten richten.

Der Gesetzentwurf ist besonders deshalb zu begrüßen, weil die

### Behandlung der politischen Gefangenen

zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Die Notfreie aus den Strafanstalten müssen uns dazu veranlassen, den Strafvollzug von Grund auf zu reformieren. Einzelne Gefängnisse sind zu wahren Warteschleichen geworden. (Sehr wahr!) Die bayerische Regierung nimmt in der schmachtvollen Behandlung politischer Gefangener den ersten Rang ein. Die Klagen aus den bayerischen Gefängnissen haben vor einiger Zeit hier im Reichstage einen Sprecher gefunden in dem Herrn, der jetzt Vertreter der Reichsjustizpflege ist. Da ist es erklärlich, daß die bayerischen politischen Gefangenen voll Hoffnung waren, als Herr Radbruch zum Reichsjustizminister ernannt worden war. Sie haben erwartet, daß der Reichsjustizminister Radbruch das verwirklichte würde, was der Reichstagsabgeordnete Radbruch gefordert hat. Aber die Erwartungen sind bisher nicht erfüllt worden. Ich lese, daß der Justizminister mit Versehen Unterhandlungen gehabt hat. Ich möchte wissen, ob der Reichsjustizminister Radbruch wiederholt hat, was der Reichstagsabgeordnete Radbruch hier ausführte, und ich möchte wissen, was Versehen geantwortet hat. Denken Sie an die Behandlung des Dichters Ernst Toller, dem man nicht einmal die Genehmigung gegeben hat, der Erstaufführung eines seiner Stücke beizuwohnen, den man wegen einer durchaus berechtigten Beschwerde über Verweigerung der Abwendung einer Berichtigung gegen Presseäußerungen, die ihn in der öffentlichen Meinung herabsetzten, in Einzelhaft mit Kopf- und Bettentzug brachte. Was gedenken Sie, Herr Justizminister zu tun, diese Zustände zu beseitigen? Ein anderer Beschwerdeführer, der auch in Einzelhaft gebracht wurde, hat sich, um der Qual zu entgehen, die Pulsadern aufgeschnitten. Er ist zwar gerettet worden. Kranken Gefangenen wird ärztliche Behandlung verweigert. Ist es da übertrieben, von einer Frotteerkammer schlimmer Art zu sprechen?

Gegenwärtig konzentriert sich das Interesse auf die ebenbürtigen Zustände in Lichtenburg. Diese Zustände sind eine Schande unserer Republik. (Beifall.) Sie müssen endlich beseitigt werden. Hinter die Forderung der Freilassung stellen sich die Arbeiterparteien aller Richtungen. Sie verlangen die Freilassung jener Männer, die wegen politischer Vergehen in den Gefängnissen schmachten. (Sehr wahr!) Man hat es sonst für selbstverständlich gehalten, wenn eine Regierung ihr Amt antritt, daß denjenigen Amnestie gewährt wird, die wegen politischer Vergehen ins Gefängnis kamen. Die gegenwärtige Regierung hat diese selbstverständliche Pflicht nicht erfüllt. Wir verlangen daher nunmehr endlich, dem Schrei nach Befreiung aus den Gefängnissen zu entsprechen. Die Angehörigen der Gefangenen wären längst wegzugehen, wenn die Arbeiterschaft sich nicht hinter deren Frauen und Kinder schützend gestellt hätte, wenn von der Arbeiterschaft nicht Opfer für die Angehörigen aufgebracht worden wären. Länger läßt sich diese Schmach nicht mehr aufrechterhalten. Die Regierung hat einen Vertrauensmann nach Raumburg geschickt. Der Raumburger Staatsanwalt hat ihn schnell eingewickelt. Dieser Staatsanwalt ist ein Kappist, also ein Mann, der selbst ins Zuchthaus gehört. Er zeichnet sich jetzt dadurch aus, daß in seinem Bezirk

### allerschlimmste Klassenjustiz

gelöst wird. Er ist der Mann, der nicht nur die Verantwortung für die Zustände trägt, sondern auch dem Beauftragten der Regierung zur Seite stehen soll. Er mußte ausgeschlossen werden als Ungelagter, als verantwortunglos für die Zustände. Hiermit steht auch im Einklang, daß bereits Polizei auf dem Wege ist, um mit Gewaltmaßnahmen die Bewegung der Arbeiter zugunsten der Gefangenen zu unterdrücken. 130 Gefangene befinden sich im Hungerstreik, die Regierung bietet Schups auf, um mit Gewalt die Unglücklichen zu Räson zu bringen. Solche Maßnahmen sind wirklich nicht geeignet, Vertrauen zur Regierung zu erwecken.

Vertreter der großen Berliner Betriebe sind hier im Reichstag. Sie haben uns gesagt, die Berliner Arbeiter würden in den Streik eintreten, wenn nicht endlich in den Gefängnissen Remedur eintrete. Hinter diesem Streik stehen die politischen Arbeiterparteien aller Richtungen. Wir stehen also vor einer höchst ersten Situation. Bedenken Sie, wieviel Pulver sich sonst schon angelammelt hat. Wir sitzen geradezu auf einem Pulverfaß. Bedenken Sie, mit welchen Gefahren ein rigoroses Vorgehen verknüpft ist. Wenn der Reichstag verläßt, die Arbeiterschaft wird nicht verlangen. Aus den Gefängnissen schallt uns der Ruf entgegen: Freiheit oder Tod! Die Arbeiterschaft wird, wenn die politischen Parteien rufen, nicht verlangen! (Beifall. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Roenen (Komm.): Der Zuchthausdirektor Kraus in Lichtenburg gehört in seine eigene Anstalt. Die wirkliche proletarische Solidarität zeigt sich darin, daß heute schon 150 Mann in den Hungerstreik eingetreten sind. Sie, die für ihre politische Ueberzeugung büßen müssen, rufen: Demer duad as Sklav! Selbst die Dazarettinassen und die Gefangenen, die zu Gefängnisstrafen „Egnadigt“ wurden, sind in den Hungerstreik eingetreten. Der Justizminister aber sagt, bis zum 1. April werden alle Fälle noch geprüft werden, ob Begnadigung gewährt wird. Bei dieser Behandlung der Angelegenheit werden nicht nur Hunderte, sondern Tausende verhungern.

### Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Ich bin entgegen der Meinung des Abg. Rosenfeld stolz darauf, meinen Namen unter diesen Gesetzentwurf setzen zu dürfen. Es ist der Anfang einer Strafrechtsreform im Sinne des großen Franz von Liszt. Er bringt praktisch die Abschaffung der Freiheitsstrafe, er ermöglicht die Abarbeitung der Geldstrafen. Eine Fülle von Segen wird sich aus diesem Gesetzentwurf ergeben. (Seitiger Widerspruch links.) Ich habe gestern angeordnet, mir Vorschläge über eine Revision der Grundzüge zum Strafverfahren zu unterbreiten. Wenn ich auf die einzelnen Ausführungen des Abg. Rosenfeld und Roenen nicht eingehe, so wird mir das hoffentlich nicht als Zustimmung gedeutet werden. Rosenfeld nimmt an, daß ich seit Uebernahme des Ministerpostens Niederschönenfeld vergessen habe. Er ist nicht darüber unterrichtet, daß ich das Recht der Reichsaussicht geltend machen werde, in welcher Weise, das muß ich mir vorbehalten. Ebenso wirft er mir vor, ich hätte in der Frage der Amnestie als Abgeordneter einen anderen Standpunkt eingenommen. Ich habe gesagt, daß eine Amnestie in Bayern durch das Reich von Rechts wegen zulässig, aber aus politischen Gründen nicht ratsam sei. Daran halte ich fest. Was den Hungerstreik in Lichtenburg betrifft, so ist er eine heroische Tat, aber er ist eine Torheit. Entweder kann er eine Verzweiflungstat darstellen, oder eine Demonstration. Ich verstehe die Gründe, die zu einer solchen Verzweiflungstat führen könnten, das war nicht nur die Not der Angehörigen der Gefangenen, sondern auch die Not der Rechtspflege. Ich will keine Schuldfragen aufwerfen, nur Tatsachen feststellen, und zwar die Tatsache, daß viele Morde ungesühnt sind, die von rechts nach links ausgeführt wurden. (Stürmische Tumulte rechts.) In den privaten Besprechungen mit den Kommunisten wurde der Hungerstreik lediglich als Verzweiflungstat, den ich aus dieser Not heraus verstehen kann, gewürdigt, demgegenüber die Kommunisten die Verpflichtung hätten, abzurufen und zu mildern. Teils ist das geschehen, aber die Rote Fahne führt eine andre Sprache, und auch von der Tribüne aus wurden heute nur Worte der Verherrlichung dieser Aktion laut. Von den Rednern wurde der Streik nicht als Verzweiflungstat, sondern als Demonstration gewürdigt. Wogegen nun eine solche Demonstration? (Stürmische Zurufe links.) Ich gedenke nicht, hinter dieser Demonstration zurückzweichen. (Stürmische Zurufe links.) Es ist nicht wahr, daß die Schups herangezogen ist, um gegen die Streitenden vorzugehen. Da jetzt für diese aber mehr Personal benötigt wird, ist die Schups zur Aufsicht über die anderen Gefangenen herangezogen. Eine Ueberführung der Kranken ins Lazarett ist angeordnet. Eine Strafauflösung wird nicht erfolgen, auch durch den Hungerstreik lassen wir uns nicht zwingen. (Stürmische Zurufe links.) Der Kommissar des Justizministeriums ist beauftragt, die Gefangenen zu erlösen, Gnadengesuche einzureichen. Ihre Angelegenheit wird schleunigst geprüft werden. (Zurufe links: Keine Amnestie!) Vom 1. April 1922 ab wird regelmäßig eine Neuprüfung der Gesuche eintreten. Ich werde häufiger vorkommen, Zuchthausstrafen in Gefängnis- oder Festungshaft zu verwandeln. Ich bin mir bewußt, daß auch unter den von mir erlebigen Gnadengesuchen mancher Hungerstreik gesehen ist. Das Gnadenverfahren ist das schlechteste juristische Verfahren, denn es richtet sich nicht nach dem Menschen, sondern nach Altem. Durch den Hungerstreik soll die am 4. August 1921 abgelehnte Amnestie erzwungen werden. Sie scheint mir auch heute noch nicht möglich. Amnestien sind Weissensteine am Wege der Revolution. Sie können nur nach etwas Abgeschlossenen eintreten. Solange Sie (nach links) aber nicht auf das Mittel der Gewalt verzichten, haben Sie nicht das Recht, Amnestien zu verlangen. (Stürmische Zurufe, großer Lärm.)

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Wenn ich mein Urteil über die Ausführungen des Ministers fällen soll, so muß ich sagen, ich bin geradezu erschüttert davon, daß ein sozialdemokratischer Justizminister eine solche Rede halten kann. Diese Rede wird von der Arbeiterschaft gewertet werden als ein Beitrag zur Beurteilung einer bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung. (Zuruf rechts: Und Ihre Tätigkeit als Justizminister?) Sie werden beim besten Willen mit keinen Fall aus der Zeit meiner Tätigkeit nachweisen können, wo ich anders gehandelt habe, als im Sinne der Arbeiter. Der Minister hat entgegen meinen Ausführungen behauptet, er habe Niederschönenfeld nicht vergessen, denn er habe angeordnet, ihm „Wort schläge“ zu machen. Es ist einfach lächerlich, daß ein heutiger Minister sich solche Vorschläge machen läßt. Daß er den Hungerstreik als heroische Tat bezeichnet hat, wird ihm die Arbeiterschaft nicht vergessen, solange er in der Öffentlichkeit steht. Wir stehen zu den Streitenden, wir müssen alles tun, um dieser Verzweiflungstat zu einem Erfolg zu verhelfen. Der Minister erklärt heute noch, er wolle nicht zurück, er könne keine Amnestie erlassen. Er ist auf dem besten Wege dazu, ein würdiger Nachfolger des Herrn v. Buttiker zu werden. Der Beifall von rechts aber müßte ihm zeigen, daß er auf dem falschen Wege ist. Wann aber ist der Zeitpunkt zur Amnestie erreicht? Vielleicht, wenn die Kappisten aus Ruder kommen. Sie sagen, von Rechts wegen habe das Reich das Recht, in Bayern einzuzugreifen, aber politisch sei ein solches Eingreifen nicht wünschenswert. Für uns muß Recht Recht bleiben. Als einzigen Ratsschlag für die Verhungerten haben Sie: Reicht Gnadengesuche ein, und dabei sagen Sie selbst, daß das Gnadenverfahren das schlechteste Verfahren ist. Wir wollen nicht Gnade, sondern Recht, die Gefangenen wollen keine Begnadigung, sondern Amnestie. Wir werden den Kampf um das Recht nicht eher aufgeben, bis es erreicht ist und die Gefangenen befreit sind. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Radbruch: Ich halte den Ausführungen des Abg. Rosenfeld entgegen, daß die Sowjetregierung eine Amnestie erlassen hat, die sich jedoch nur auf die erstreckt, die ihre Unschuld gegenüber der Sowjetrepublik einstecken. Die Rote Frahe schreibt dazu: „Sollen sie ihren Feinden das Spiel erleichtern?“ Sollen wir unsern offenen Feinden das Spiel erleichtern? (Stürmische Zurufe links: Die Arbeiter sind Ihre Feinde? Zurufe. Minutenlanger Tumult.)

Abg. Devi (Komm. Arb.) protestiert entrüstet gegen die Ausführungen des Justizministers.

Abg. Roenen (Komm.): Ich muß dem Hause die Mitteilung machen, daß die hier anwesenden Berliner Betriebsräte den Reichstag verlassen haben nach der Rede des Justizministers. Sie verhielten darauf, mit ihm noch irgendwelche Verhandlungen zu pflegen. (Zuruf Rübbling (SPD.): Organistischer Schwindler! Gegenrufe links.) Radbruch ist der typische Stinnesminister. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (USP.): Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß in dieser erregten Debatte sämtliche Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten auf das Wort verzichtet haben, weil sie sich alle durch den Herrn Justizminister genügend vertreten sehen. (Beifallige Zustimmung links.) Das ist eine Tatsache von hoher Bedeutung für die Arbeiterschaft. Mit der Verhängung des Justizministers bezüglich der bayerischen Amnestie hat er nur vollkommen bestätigt, was Rosenfeld gegen ihn anführte, nämlich, daß er in Bezug auf die Erleichterung einer Rechtsfrage ausschließlich sich von politischen Erwägungen leiten ließ. Wir haben der Regierung insgesamt das Vertrauen ausgesprochen, daß sie eine bestimmte politische Aufgabe lösen wird, aber wir haben uns vollkommen Handlungsfreiheit vorbehalten für die Billigung anderer politischer Handlungen der Regierung. Der Minister hat die Ablehnung einer Amnestie mit der Sowjetamnestie rechtfertigen

wollen. Damit macht er die Sowjetregierung zur maßgebenden Seite für die deutsche Reichsregierung. Wie mißbilligen diese Erklärung der Reichsregierung, wie wir überhaupt die terroristische Politik verurteilen, die der Sowjetregierung sowohl wie die Jure, Herr Reichsminister. Was durch einen Jure des Polizeipräsidenten Erklärung als organisierter Schwindel bezeichnet wurde, nämlich die Stellungnahme gegen die Rede des Ministers und für die Gefangenen, ist das Anzeichen der gesamten Berliner Arbeiterklasse gegenüber der verhängenden Arbeiter. In der Sitzung der Reichsregierung hier im Hause hat ein rechtssozialistischer Vorkämpfer seiner Einbringung über das Ministerium des Innern und das Zentrum der Sozialdemokratischen Partei Ausdruck gegeben. Der Ausspruch Kadrows, daß mit einem Nachgeben der Anstrengungen das Reich seinen offenen Feinden das Spiel erleichtere, wird zweifellos auf die Arbeiter empörend wirken. Es werden dafür sorgen, daß endlich der Forderung nach einem Erlass einer Amnestie der politischen Gefangenen stattgegeben wird. (Beif. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Müller (SPD.): Solange die Unabhängigen nicht mit in die Regierung eintreten, haben sie nicht das Recht, über unsere Koalitionspolitik zu sprechen, denn durch ihre Taktik zwingen sie uns zu einer solchen Politik. Wir werden unsere Parteimitglieder klar machen, was wir getan haben. Die Wahlen werden ja ergeben, bei wem das Recht steht. Der Minister hat eine allgemeine Amnestie abgelehnt, das entspricht den Beschlüssen, die unter Fraktion darüber gefaßt hat. Wir haben einen Antrag auf Nachprüfung der Urteile eingebracht, dem Schiffer schon Folge geleistet hat. (Zurufe links.) Wir klammern dem Antrag auf Entlassung der Gefangenen nicht zu, verlangen aber eine Nachprüfung der Urteile.

Abg. Cespion (USP.): Der Abg. Müller bezweckt mit seiner Rede, die durch die Ausführungen des Ministers erregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen. Selbst diese Erklärung ist für den Vertreter einer proletarischen Partei geradezu beschämend. Die Rechtssozialisten haben kein Empfinden dafür, daß ein Vertreter der Arbeiter auf Gnade ein Schimpf ist für Klassenkämpfer. Klassenkämpfer weisen auf die Gnade. Müller hat gesagt, daß man bei den Wahlen sehen werde, welche Partei am meisten Anklang gefunden habe. Wir lehnen ab, mit solchen Argumenten zu operieren, so Stimmung zu machen und so auf die Wahl zu beeinflussen. Wir wünschen uns nicht darüber, daß die jetzigen Wahlen das Resultat politischer Fälschungen sind. Erst das ist entscheidend, wo das Proletariat beim letzten ausschlaggebenden Kampf steht. Wir werden für die Arbeiter eintreten, auch dann, wenn es im Augenblick ungünstig ist. In der Regierungsfrage hatten wir an den Grundfragen fest, die die Sozialdemokraten bis zum Kriege vertreten haben, in eine Regierung mit Bürgerlichen nicht einzutreten.

Der scheinbare Anteil an Regierungsgewalt in einer Koalition ist doch nur ein Handeln zugunsten der Bürgerlichen. Und wer sieht in diesem Kabinett der Persönlichkeiten? Der Minister Cespion, politisch eine erbarmungswürdige Jammergestalt (Ordnungsamt des Präsidenten), Hermes, mit Recht als Unterrichtsminister geteufelt, und dann Kadrows! Und wenn wir ihn anschauen, dann müssen wir uns sagen, daß die Arbeiter auf diese Regierung keine Hoffnungen zu setzen haben. Zusammengefaßt erhebt sich der

vollkommene Bankrott der rechtssozialistischen Politik.

Wir bedanken uns dafür, uns in diesen Bankrott mit hineinzuziehen zu lassen. Die in den Gefängnissen schmachtenden politischen Ge-

fangenen betrachten wir nicht als Verbrecher, sondern als Helden, die ihr alles für den Kampf um die Befreiung der Arbeiter eingesetzt haben. Sie sind Opfer der Klassenpolitischen Nachttaubung. Und da haben wir gar nicht zu prüfen, ob der eine oder der andere eine Tat begangen hat, die auch ohne Klassenjustiz als strafwürdig zu betrachten ist. Den Opfern der Klassenjustiz erklären wir unsere uneingeschränkte Solidarität und treten für sie mit allen Kräfte ein. (Rufen rechts.) Die Gefangenen und ihre Angehörigen sind dem Hunger überliefert. (Rufe rechts: Ja, hal!) Dieses Verhalten kennzeichnet nur Ihre Noth. (Großer Lärm und Gegenlärm und unzählige Zwischenrufe auf allen Seiten des Hauses, wobei die nächsten Ausführungen des Redners verloren gehen.) Die Arbeiter sind sehr klar, wie sie Sie einschätzen hat und werden danach ihre Entscheidungen treffen. (Lebhaftes Bravo! auf der linken.)

Nach einer kurzen Bemerkung von Haas (Dem.) erfolgt die Abstimmung.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Da der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von den vier sozialistischen Fraktionen eingebracht ist, die insgesamt über 104 Mandate verfügen, ist der Antrag nach den Bestimmungen der Verfassung angenommen. Der Vorsitz fällt dem Zentrum, der stellvertretende Vorsitz den Deutschnationalen zu. Der Antrag auf sofortige Haftentlassung der politischen Gefangenen wird gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und der kommunistischen Arbeitergemeinschaft abgelehnt.

Abg. Debebour (USP.) fordert, daß der Untersuchungsausschuß sofort zusammentritt, da er sonst gar keinen Zweck habe. Hierauf gelangt die Interpellation der Kommunisten, betr. das

Verbot des Landens russischer Schiffe

Abg. Meitner (Komm.): Den russischen Schiffen Transithaft und Argun wurden von den Seeliner bzw. Hamburger Hafenbehörden Schwierigkeiten gemacht, zu landen. Sie wurden wochenlang gehindert, russische Kriegsgefangene zum Abtransport aufzunehmen und Waren zu laden. Außerdem wurden sie dauernd polizeilich bewacht. Aus welchem Grunde wurden die russischen Schiffe sowie die Schiffsmannschaften anders als die übrigen ausländischen Schiffe und deren Mannschaften durch deutsche Behörden behandelt?

Reichsminister des Innern Köster: Der Seehandel mit der Sowjetregierung ist neu, erst im Entstehen begriffen. Die russische Regierung nimmt für alle ihre Handelschiffe das Vorrecht der Exterritorialität in Anspruch. Das Staatshandelschiff ist aber völkerechtlich noch gar nicht anerkannt. Es kann nicht wie im Kriegszustand behandelt werden, mit allen Feiertlichkeiten, die sich aus dem Exterritorialrecht ergeben. Wenn im übrigen der Seeverkehr zwischen uns und Rußland in normale Bahnen eintreten soll, dann müssen die Sowjetbehörden eine ganze Reihe von Verdachtsmomenten beseitigen, die es uns heute noch schwer machen, an die Abfahrt einer reinen Handelschiffahrt zu glauben. Von russischen Handelschiffen sind vielfach kommunistische Agenturen an Land gegangen, die bald darauf in der bolschewistischen Propagandaaktivität in Deutschland wieder auftraten. Die deutschen Passvorschriften sind genau dieselben, die die russische Regierung für die deutschen Schiffsmannschaften vorgeschrieben hat. Wo diesen Passvorschriften genügt wird, werden den Mannschaften der russischen Schiffe in Deutschland keine Schwierigkeiten gemacht.

Abg. Debebour (USP.) beantragt die Besprechung der Inter-

pellation (Soz.): Wenn polizeiliche Mißgriffe gemacht sind, so mißbilligen wir sie mit aller Schärfe. Wenn die russische Regierung dafür sorgt, daß die russischen Schiffsmannschaften mit richtigen Pässen ausgerüstet werden, dann werden die Hölle vermieden werden, wie sie uns jetzt hier beschäftigt haben.

Abg. Schimmelpfennig (Dnat.): Die Ausgabe der russischen Schiffe ist, die russische bolschewistische Propaganda in Deutschland zu betreiben.

Abg. Horn (USP.): Ganz so, wie es der Innenminister darstellt, liegen die Dinge nicht. Die Abmachungen mit der Sowjetregierung sind nicht in allen Teilen eingehalten worden. Die russische Regierung hat nicht verlangt, daß die russischen Schiffe als Staatschiffe behandelt werden. Sie fordert nur, daß man sie wie die Handelschiffe der übrigen Staaten behandelt. Beim Aufblühen des Handelsverkehrs mit Rußland gewinnen beide Länder. Der Handelsverkehr aber wird in seinem Aufblühen gehindert durch polizeiliche Schikanen, wie sie in der Tat geübt worden sind. Wir erwarten von der Regierung, daß sie alles daran setzt, damit die Verwaltungsbehörden auch ihren Weisungen folgen und die Regierung selbst sich nicht von kleinlichen Gesichtspunkten leiten läßt. (Beifall b. d. US.)

Abg. Wacker (D. Sp.): Die Sowjetregierung befindet sich im unbestrittenen Besitz der Staatsmacht. Dieser Tatsache müssen wir uns fügen. Wir werden die russische Sowjetregierung daher anerkennen als die einzige Vertreterin der Macht Rußlands. (Zuruf: Warum kommt die Erkenntnis so spät?) Welt die russische Regierung nicht von allem Anfang an im Besitze der Macht war. Wir werden uns aber keine bolschewistische Revolutionen gefallen lassen. (Bravo! rechts. Lebhaftes Zuruf: Wir wollen eine deutsche Revolution!)

Nach einem kurzen Schlusswort Vary (Kommunist) schlägt der Präsident vor, die Sitzung zu schließen und bittet, ihm Vollmacht zu erteilen, die nächste Sitzung in der Woche vom 4.—10. Dezember einzuberufen, ebenso die Tagesordnung zu bestimmen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) ist mit dem Vorschlag einverstanden, wünscht aber, daß dann endlich der Bericht des Rechtsausschusses über die Ausnahmeordnung vom 23. September 1921, sowie das Schulgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. Debebour (USP.) stimmt diesem Wunsche zu und bemerkt, daß daran die Deutschnationalen erkennen können, daß, wenn sie mal einen vernünftigen Vorschlag hätten, sie auch Unterstützung bei den Unabhängigen fänden. Wir wünschen, daß im weiteren auch der Bericht des heute eingeleiteten Untersuchungsausschusses sofort auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. Crespemann (D. Sp.) will auch die Interpellation betr. Vorkommnisse in der Platz möglichst an erster Stelle auf der Tagesordnung stehen. — Der Präsident verspricht, diesen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Die Unternehmung in Lichtenburg.

Der zur Unternehmung der Gefängnisjustiz eingesetzte Ausschuß trat am Sonnabend noch während des Plenums zusammen und konstituierte sich. Vorsitzender wurde Abg. Rehbinder (Zentrum), stellvertretender Vorsitzender Dr. Bruhn (Dn.), Schriftführer Genosse Dr. Rosenfeld. Auf Antrag des Gen. Rosenfeld beschloß der Ausschuß, sich sofort nach der Gefängnisanstalt Lichtenburg zu begeben.

# Der Katastrophe entgegen!

Dienstag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr:

## Große öffentliche Volksversammlung

im großen Saal des Volkshauses.

Tagesordnung:

### Der wirtschaftliche und politische Bankrott Deutschlands

Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Seger. — Freie Aussprache.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, erscheint in Massen!

Gewerkschaftshartell Leipzig.

Der Hauptvorstand Groß-Leipzig USP.

### Deutscher Verkehrsband

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

**Betriebsräte-Versammlung** f. d. Industrie- und Handelsgruppen. Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kolonnenade. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Schlichtungsordnung. Ref.: Kolonne Dillger. 2. Die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb unserer Organisation. 3. Wahl eines Ortsausschusses. Zutritt erfolgt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches und der grünen Ausweisarte des Gewerkschaftsartikels. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird einem vollständigen Besuch entgegen.

**Arbeiter u. Arbeiterinnen im Rohproduktenhandel.** Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Mittelstra. **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. 2. Neuwahl der Sektionsleitung. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Deutscher Transportarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Leipzig.

### Öffentl. Lichtbildervortrag

Feuerbesetzung in alter u. neuer Zeit

Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr im Saale des Volkshauses, Eilenburgerstr. 72. Eintritt frei. Jedermann willkommen. Verein für Feuerbesetzung (kur. Verl.) zu Leipzig Geschäftskasse Kreuzstraße 14.

Die unterzeichneten Firmen im Osten von Leipzig sind übereingekommen, ihre Geschäfte von Montag, den 21. November, ab bis auf weiteres mittags von 1/2 1-1/2 3 Uhr zu schließen und bitten ihre werthe Kundschaft, auf diese Einrichtung Rücksicht zu nehmen und ihre Einkäufe dementsprechend gefälligst einrichten zu wollen.

Gebr. Bergmann/Th. Birner/Ludwig Freund Fröhner & Co./P. Gaebler Nachfolger/Anna Hahnemann/F. Hochberg/I. Israel/Franz Lunow/W. Opatowsky/Hermann Pracker Oskar Salzmann/Schusters Warenhaus E. Schmidt Nachflg./Gebr. Stirn

### USPD. Groß-Leipzig

**Leipzig.** Morgen Dienstag, abends 8 Uhr. **Frauenabend** im Restaurant Vater Jahn. Tagesordnung: Literarischer Abend. Redner: Lehrer Schanert. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gütlich willkommen. D. U.

**Volksspiel-Bund** Döhlen, Süßen, Norden, Zentralschule heute 7 Uhr Volkshaus. Neben Mittwoch, 23. Nov. 7 Uhr. Zwei Linden, Karl-Heine-Str. Erscheinen aller notwendig, da Proben zu 2 Massenstücken.

### Böhlitz-Chrenberg.

Dienstag, den 22. November, abends 1/8 8 Uhr in der grossen Eiche **Öffentl. Wählerversammlung** Tagesordnung: Die Tätigkeit der U. S. P. D. im Gemeinderat. Referent: Gen. E. Ludwig. Freie Ausdrucks. Kopf- und Handarbeiter, erscheint in Massen. U. S. P. D. Ortsverein Böhlitz-Chrenberg (Groß-Leipzig).

Wohin so schnell?



Zum Verkauf meiner Juwelen, Brillanten Gold-, Platin- u. Silbergegenstände in der Juwelen- und Goldwarenfabrik

**G. Jentsch Nachf.**  
Katharinenstr. 2. Telefon 18048.

Moderne und geschmackvolle **Drucksachen** für jeden vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Massenauflagen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft  
Schaferstraße 19/21  
Telefon 4596